

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1,90 Mk., bei Platzvorkauf 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk., Reklame-Kolonelspalte 7,50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bermittlung in Italien?

Ein Verständigungsvorschlag des Arbeitsministers.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Rom wird telegraphiert: Im Einverständnis mit dem Schatzminister Meda hat der Arbeitsminister Labriola den Industriellen einen neuen Verständigungsvorschlag gemacht. Er beantragt, den Arbeitern eine 10- bis 20prozentige Lohnerhöhung zu gewähren, bis die geplanten Arbeitergenossenschaften gebildet sind. Die Industriellen sollen diesem Vorschlag nicht ablehnend gegenüberstehen. Der Antrag wird heute von den Gewerkschaften und dem Allgemeinen Industriellen-Verein in Mailand geprüft. Wie die Mailänder Zeitungen berichten, haben die Metallarbeiter beschlossen, den Termin ihres Ultimatus an die Arbeitgeber bis 10. 9. zu verlängern. Sollte dann das Ultimatum nicht angenommen werden, so wollen die Arbeiter die Besetzung der Fabriken ganz Italiens beschließen. Der Sonntag ist in Mailand in großer Ruhe verlaufen, ebenso der Montagvormittag. Meldungen aus Turin, Rom und anderen Städten besagen, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gefährdet wurde. Dem Secolo wird aus Triest gemeldet, daß es infolge des Generalstreiks zu bewaffneten Zusammenstößen kam. Die Karabinieri veranstalteten Hausdurchsuchungen in den Lokalen der Sozialdemokratischen Partei und der Block-Partei. Bei den Sozialisten wurden Waffen und Munition beschlagnahmt.

Sowjets in Italien?

Kopenhagen, 7. September. Politiken meldet aus Paris: In folgenden italienischen Städten existieren tatsächlich Sowjets: Turin, Alexandria, Mailand, Genua, Savona, Spezia, Livorno, Florenz, Rom und Neapel. Die Regierung versucht Blutvergießen zu vermeiden. Die Spannung ist aber so groß, daß das Eingreifen der Truppen jeden Moment erfolgen kann.

Im Gegensatz zur vorstehenden Meldung, nach der die Bewegung mehr und mehr einen politischen Charakter angenommen hat, steht die folgende offiziöse beruhigende Darstellung der Agentur Stefani:

Rom, 7. September. Die im Auslande über die italienischen Verhältnisse umlaufenden Gerüchte sind völlig unzutreffend. Abgesehen von dem Streik in der Metallindustrie, der, wie man hofft, bald beigelegt werden wird, woran auch die Gewerkschaften mitarbeiten, nimmt das Leben seinen gewöhnlichen Gang. Gewalt befindet sich noch auf Urlaub in Piemont und wird am 12. September nach Aix-les-Bains fahren; der König weilt in San Rossore.

M. Mailand, 7. September. In Turin wurden an den besonders gefährdeten Punkten der Stadt Truppen mit Maschinengewehren konzentriert. In ganz Ligurien ist die Besetzung der Metallwerkstätten ohne nennenswerte Zwischenfälle vollzogen worden. In Rom hat die Bewegung bereits ihren Höhepunkt erreicht. Die besetzten Fabriken sind alle in Verteidigungszustand versetzt worden und in wahre Festungswerke umgewandelt worden.

Der Plan der Einheitspolizei.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im preussischen Ministerium des Innern hat der Ministerialrat Dr. Wegg vor einer Anzahl von Pressevertretern einen Vortrag über die Neuorganisation der Polizei in Preußen gehalten. Es handelt sich hier zunächst nur um einen Plan des Ministeriums des Innern, der dem Staatsministerium noch nicht vorgelegen hat und heute der preussischen Landesversammlung zugeht. Nach dem Spa-Abkommen muß die Sicherheitswehr bis zum 27. September umgebildet sein. Bei dieser Umbildung soll gleichzeitig die notwendige Reform vollzogen werden. Die jetzt bestehende Vielfalt von Polizeiorganisationen soll durch eine Einheitspolizei ersetzt werden. Die Polizei gliedert sich in Schutzpolizei, die in feste Verbände zusammengefaßt wird und Uniform trägt, die Kriminal- und die Verwaltungspolizei, die Zivilkleidung trägt und nur mit Revolver bewaffnet ist. Die Schutzpolizei ist in Hundertschaften eingeteilt. 13jährige Dienstzeit ist vorgesehen. Die Kasernierung bleibt für die ersten 12 Jahre bestehen. Als Waffen der Schutzpolizei sind Handgranaten, auf 3 Mann 1 Karabiner, auf 20 Mann 1 Pistolgewehr und auf 1000 Mann ein Panzerwagen zugelassen. Die grüne Uniform wird aus Sparmaßregeln belassen. In jeder Provinz wird eine Polizeischule mit Unter-, Mittel- und Oberkursus eingerichtet werden. In Berlin wird eine Polizeihochschule errichtet für die Ausbildung des Lehrpersonals und der höheren Beamten. Der Reformplan strebt gleichzeitig die „Entpolitisierung“ der Polizei an. Die Kosten der Polizei werden außerordentlich hohe sein. Die Beteiligung der Gemeinden

soll fortfallen, ebenso der heutige Verteilungsschlüssel für die Sicherheitspolizei. Die Kosten der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei sind zwischen Reich und Staat zu teilen. Auch eine Reichskriminalpolizei soll geschaffen werden. Ueber die Titelfrage, die einen heftigen Widerstand der Offiziere hervorgerufen hatte, sind Entscheidungen noch nicht getroffen.

Russisch-englische Handelsbeziehungen?

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne bringt eine Moskauer Meldung aus Wien, wonach bereits Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland, die keineswegs als belanglos bezeichnet werden, bestehen. Das britische Handelsamt berichtet, daß im Mai dieses Jahres aus Rußland Waren im Werte von 1 185 304 Pfund Sterling eingeführt worden sind. Ebenso sind große Mengen nach Rußland ausgeführt worden. Die britisch-russische Handelskammer berichtet über eine Gesamtausfuhr von 1 065 158 Pfund Sterling. Rußland ist gewissermaßen ein riesenhaftes leeres Warenhaus mit ungeheurem Bedarf an Fertigerwaren, kann aber weder Geld noch Waren zum Austausch dafür ausführen. Als Ausfuhrartikel Rußlands kommen in Frage: Holz, Flachs, Butter und Felle. Dagegen kann Großbritannien eine außergewöhnlich mannigfaltige Zahl von Artikeln zur Verfügung stellen.

Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Moskau wird gemeldet: Die Delegation, die Rußland und die Ukraine bei den Friedensverhandlungen in Riga vertreten soll, besteht aus Abrahamowitsch, Manulski, Joffe, Obelonski und Kirwom. Die Delegierten werden sofort nach Regelung des Freigeleites abreisen. Da die lettische Regierung nur für die Hauptdelegierten und Sachverständigen freies Geleit erteilt, kann die Delegation nicht eher nach Riga abreisen, als das Schiffpersonal freigeleitet erhält.

Der polnisch-litauische Streit vor der Beilegung?

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach dem Daily Telegraph herrscht in britischen Offizierskreisen die Ueberzeugung, daß gegen Ende der Woche der Grenzzwischenfall zwischen Polen und Litauen erledigt sei. Die Berichte der britischen Vertreter betonen die Versöhnungsbereitschaft beider Regierungen. Die Schärfe hätten nicht viel zu bedeuten und würden nach 2 bis 3 Tagen vollständig aufhören. Laut Temps seien die Polen bereit, von ihren Forderungen auf Räumung des Distrikts Suwalki durch die litauischen Truppen innerhalb zehn Tagen abzusehen. Die polnische Regierung habe mit den Delegierten über die Angelegenheit verhandelt und zeige große Mäßigung.

Die deutsch-italienische Konferenz in Streja.

Streja, 7. September. Zu Beginn der Beratungen zwischen dem italienischen und dem deutschen Ernährungsminister legte der italienische Minister Soleri den Umfang und Ziele der Beratung dar, die die Verwendung des italienischen Anteils an den von der Spaer Konferenz Deutschland zugunsten seiner Verpflegung bewilligten Vorräte darzulegen soll, daß den Interessen Deutschlands und Italiens Rechnung getragen wird. In seiner Erwiderung sagte Dr. Hermes die allgemeine Ernährungslage Deutschlands auseinander, wobei er die schon auf der Londoner Konferenz vom 4. August gegebenen Ausschlässe ergänzte und namentlich auf die Ernährungslage in den deutschen Kohlenbezirken hinwies. Nach dem allgemeinen Ansichtsaustausch wurde auf Vorschlag Soleris eine Reihe von Sonderberatungen zwischen den Sachverständigen der beiden Völker festgesetzt, um die praktischen Möglichkeiten der Verwendung des italienischen Anteils zu prüfen.

Streja, 8. September. Auf der Konferenz bemerkte in der Generaldiskussion der deutsche Ernährungsminister Dr. Hermes die Deutschland zugestandene Hilfe bezüglich der Lebensmittelversorgung bleibe unzureichend, falls Deutschland die Vorräte bereits im Mai zurückzahlen müßte. Der italienische Ernährungsminister Soleri versprach, daß die italienische Regierung die Sache zur Besprechung in der Wiedergutmachungskommission der Entente anregen werde. Im Ausschuss der Konferenz ist vereinbart worden, daß die italienischen Schiffe, die von Deutschland Kohlen holen, nach Deutschland Phosphat bringen sollen.

U. Basel, 8. September. Wie es heißt, wird Italien Deutschland bei der Bank d'Italia, der Staatsbank, für den 1. Dezember ein Guthaben von 21 Millionen Lire zu Ernährungszwecken eröffnen.

Die geplante Zwangsanleihe.

Im Oktober wird der Reichstag wieder zusammentreten und man darf darauf neugierig sein, wie sich das „hohe Haus“ und insbesondere der Regierungsbund mit den in keiner Weise gelösten Reichsfinanzproblemen auseinandersetzen wird. Diese brennen ja jetzt der deutschen Bourgeoisregierung um so heißer auf den Fingernägeln, je sorgloser, oberflächlicher und klagenengerziger man sich vorher an einer dauerhaften Lösung vorbeigedrückt hat. Allmählich beginnt auch in den nicht finanziellen Ressorts der Reichsregierung, die bisher mit ihrer Verständnislosigkeit für die Finanzgefahren gerastet, das große bange Erwachen. Man sieht täglich das progressive Wachstum allein unserer schwebenden Schuld, die heute bereits die schwindelnde Höhe von 120 Milliarden erreicht hat, und man fühlt, daß die gedankenlose weitere Zuanpruchnahme des Kredits durch die Notendruckerei der Reichsbank eines schönen Tages den Minusstreich jeglicher Kreditmöglichkeit auch absolut überschritten haben wird. Auch in den nicht finanziellen Ressorts und in den Kreisen der sogenannten Kurpolitiker wird allmählich begriffen, wie alle Fragen der Wirtschaft, Arbeitsbeschaffung, Produktionsbesserung, Preisabbau, die heute in einem Höchstmaß akut und für die herrschende Gesellschaft explosiv gefährlich sind, in allerengster Wechselbeziehung mit den reinen Finanzfragen stehen.

Wie wird, nach vorläufigem Urteil, die finanzielle Situation des Reiches am Ende dieses Jahres und am Anfang des nächsten Jahres sein? Das Reich verschuldet sich immer tiefer an die Reichsbank und den Schatzwechselmarkt. Niemand weiß, wann diese Progression überhaupt abgeschlossen werden kann. Das normale Budget des Reiches wird, daran sind wir ja gewöhnt, wieder bei weitem in den Ausgaben überschritten werden. Über 2,9 Milliarden von ihm sind sogar schon heute auf dem Papier noch nicht einmal gedeckt. Dazu kommt das außerordentliche Budget, das diesmal vor allem durch das Defizit der Eisenbahnverwaltung allein schon mit reichlich einem Duzend Milliarden belastet werden muß. Die Verpflichtungen an die Entente sind dabei gar nicht in Berücksichtigung gezogen. Auf der andern Seite aber befindet sich der Einkauf der neuen Steuern noch in den allerersten Anfängen. Rücksichtslos und brutal greift man zwar bei dem Millionenheer der Arbeiter und Angestellten mit dem Steuerabzug zu. Wo es sich aber um die großen Abgaben von den Kriegs- und Revolutionsgewinnen der Besitzenden handelt, die längst Gesetz geworden sind, läßt man unter dem Druck allmächtiger unterirdischer Einflüsse Nachsicht über Nachsicht und entschuldigend Terminverlängerungen nur recht fadenscheinig mit der Unmöglichkeit z. B., den Steuerapparat rechtzeitig genug auf die neuen Aufgaben einstellen zu können.

Was wird das Ende vom Liede sein? Wir werden im Winter aller Voraussicht nach eine neue unerhörte Markt-Depression erleben. Das aber bedeutet, je weiter wir bis dahin wieder in die Weltwirtschaft hineingewachsen sein werden, ein neues Ansehen aller Preise und damit einen neuen Kampf um Tarife und Löhne und schließlich als letzte Konsequenz wieder die rasend gesteigerte Umdrehung der Notenpresse. Kurz, das alte nur wieder rapidere „Sich-rund-herumdrehen“ um die berühmte Schraube ohne Ende. Dieser Zustand erscheint zwar heute dank der Oberflächlichkeit und Leichtgläubigkeit, die mit ein Charakteristikum unserer durch Ludendorffs Lügen- und Bankrottspolitik verseuchten Zeit ist, etwas verschleiert. Aber auch das ist uns gerade im höchsten Grade gefährlich, gerade im gegenwärtigen Moment. Das Ausland nämlich schöpft aus dieser Verschleierung der wirklichen Dinge ein falsches Vertrauen zur deutschen Valuta, die es später in erheblichem Maße wieder revidieren wird; auf der andern Seite aber wird die französische Siegerunerschlichkeit dadurch ermüdet, ihre Kontributionsforderungen, die gerade in den nächsten Wochen in Debatte in Genf stehen werden, auf eine ganz unmögliche Höhe hinaufzuschrauben.

Es ist also kein Wunder, wenn gerade jetzt von den Kreisen in der Umgebung der Reichsbank der Gedanke eines Zwangsanleihegeschäftes gleichsam als letzter Notanker ausgeworfen wird. Polen hat ja jetzt auch seine Kriegsanleihe als Kriegszwangsanleihe durchgeführt und der Plan scheint ansteckend und verführerisch über die Grenze gewirkt zu haben. Nach der Frankfurter Zeitung befinden sich mehrere Entwürfe bereits in der Diskussion hinter den Türen der finanziellen Ressorts. In Aussicht soll die Aufnahme einer Zwangsanleihe in der Höhe von 50-60 Milliarden Mark genommen sein. Damit hofft man, daß wenigstens jener Beharrungszustand eintritt, dessen sich z. B. die Bank von Frankreich bereits seit einiger Zeit erfreut. Mehr allerdings kann auch der größte Optimist nicht erwarten.

Für die kapitalistische Verfassung unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände ist eine solche Zwangsanleihe — darüber sind die Befürworter des Gesetzes selbst durchaus nicht im Zweifel — ein außerordentlich gefährliches Experiment. Es ist gewissermaßen das Auspielen der letzten Karte. Entgleitet auch dieser Weisheitskranz ihren Händen, sie haben keinen zweiten zu versenden. Eine Wiederholung des Versuchs, wenn er verfehlt hat, ist unter dem Schwindel des Kapitalismus ausgeschlossen. Sie würde einfach die Revolution der Besitzenden auslösen. Der Zustand unserer Reichsfinanzen ist heute so, daß sie allein ein volles Menschenalter hindurch durch den Verfall der Friedensverträge bis zur Grenze des Erträglichen belastet bleiben werden. Eine Rückzahlung, Auslösung und Amortisation der Zwangsanleihe kann sich also nur auf außerordentlich langfristige Termine aufbauen, eine Tatsache, die den Lebenden das Experiment geradezu als eine vollendete Enteignung erscheinen lassen muß. Eben aus der notwendigen Langfristigkeit des Rückzahlungsmodus heraus wird aber auch von der Regierung selbst und vom Bürgerblock versucht werden, durch exorbitant hohe Verzinsung der zwangsweise entlehnten Milliarden einen Ausgleich für den Kapitalisten zu schaffen. Das aber würde wieder bedeuten, daß es letzten Endes das Proletariat ist, auf dessen Schultern für Jahrzehnte ein neuer Großteil der Lasten für die Aufrechterhaltung des Reichsbetriebes abgewälzt wird. Dagegen werden die Arbeiterparteien bereits heute den schärfsten Kampf anzukündigen haben.

So ganz glatt, wie sich die Regierenden und parlamentarischen Anwälte des Zwangsanleihegesetzes seine Durchführung heute vorstellen, wird also das Experiment nicht vollstatten gehen. Die Arbeitererschaft wird es als letzte Verzweiflungssaktion einer untergehenden Wirtschaftsordnung kritisch zu würdigen wissen und sie wird sich mit aller revolutionären Entschiedenheit gegen die proletarfeindlichen Seiten des Gesetzes wenden, die ihm nach Lage der Sache zwangsläufig anhaften werden. Die bestehenden Klassen aber werden das Gesetz aller Voraussicht nach als den ersten schrecklichen Anfang des enteignenden Zukunftsstaats betrachten und sie werden ihre Schen, die Lasten der Gesellschaft mitzutragen, deshalb verdoppeln und verdreifachen. Wenn wieder die Frankfurter Zeitung in diesem Zusammenhang meldete, eine Wiederholung des Gesetzes ist schlechthin unmöglich, denkbar wäre nur die Ersetzung durch eine fundamentale Veränderung im ganzen steuer- und wirtschaftlichen System, wofür wir kaum die physischen und organisatorischen Kräfte besitzen, so ist das durchaus insofern richtig, als, wie schon betont, die Wiederholung des Experiments unmöglich ist. Richtig wird aber auch sein, daß das Experiment selbst genau so einen Festschlag darstellen wird, wie alle seine Vorgänger der Erzbergerischen Gedankensrichtung, eben durch die Sabotage, die ihm die bestehenden Klassen entgegenstellen werden. Und dann? Dann werden wir eben die physischen und organisatorischen Kräfte doch aufbringen, einfach, weil wir sie aufbringen müssen, um eine fundamentale Veränderung im ganzen steuer- und wirtschaftlichen System durchzuführen. Dann werden wir eben die sozialistische Gesellschaft errichten, weil wir sie errichten müssen.

Die Wehrkammer.

Eine militärische Post.

Als die jamose Wehrkammer, angeblich als Berufsvertretung der Reichswehr, in der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zum Wort kommen sollten, eingerückt wurde, haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die ganze Institution nur einen rein dekorativen Charakter trage und als Kullisse für die Treiber der konterrevolutionären Offiziersklasse bestimmt sei. War doch vor: Rechten der Kammer von vornherein nicht die Rede. Sie hatte lediglich das „Recht“, Wünsche und Anregungen der Angehörigen der Reichswehr formuliert dem Reichswehrminister und der Regierung zur Kenntnis zu geben. Schon bei der ersten Tagung der Kammer im August kam es zu einigen bemerkenswerten Auseinandersetzungen, die unsere Voraussage bestätigten. In der berichtigten Kolardensfrage gelang es den Offizieren, zu ihrer Heberaldung zwar nicht, bei der Abstimmung restlos ihren Willen durchzusetzen; aber eben das reizte sie um so mehr, die, wenn auch sehr zahn gedürrten demokratischen Tendenzen auszutreiben.

Die seit vorigem Dienstag hinter verschlossenen Türen tagenden vereinigten Hauptausschüsse der Heeres- und Marinekammer sollten sich nach dem Willen der gegenrevolutionären Drahtzieher selbst strangulieren. In einer Geschäftsordnungsdebatte wurden sie über die „Rechtslage“ aufgeklärt, d. h. es wurde ihnen eröffnet, daß sie kein Parlament, sondern eine dienstliche Stelle seien. In dem offiziellen Wolffbericht waren die Dinge freilich so dargestellt, als ob die Mitglieder der Wehrkammer freiwillig den Verzicht auf parlamentarische Rechte ausgesprochen hätten. Das ist aber keineswegs der Fall. Es wird nachträglich mitgeteilt, die Unteroffiziere und Mannschaften seien im Gegenteil empört über die ihnen gestellten Zumutungen und fest entschlossen, bei der endgültigen Abstimmung über die Geschäftsordnung dem diplomatischen Intrigenpiel der Offizierskassette energisch entgegenzutreten. In Wirklichkeit ist die Darlegung über die „Rechtslage“ zurückzuführen auf einen, zum Teil auch gegen das Reichsministerium gerichteten brutalen und selbstherrlichen Machtanspruch des Generals von Seekt, dem bei den ersten Verhandlungen der Kammer der alte militärische Kollengeist der wilhelminischen Ära nicht draß: sich genug zum Ausdruck gekommen war. Das Komödientenspiel, das der Geschäftsordnungsdebatte vorausging, wird durch folgenden Erlaß illustriert:

19. August 1920.

Sein Generallieutenant v. Eisenhardt, Hochwohlgeboren! Aus den mir gemachten Mitteilungen entnehme ich, daß die erste Versammlung der Wehrkammer keinen glücklichen Verlauf genommen hat.

Sie bitte, bei der nächsten Versammlung folgendes zu berücksichtigen:

1. Es ist mit Strenge darauf zu halten, daß alle parlamentarischen Normen eingeschränkt oder vermieden werden. Dagegen hat die Versammlung durchaus unter Beachtung militärischer Normen zu verfahren. Die Versammlung ist Dienst. Eine andere militärische Tätigkeit ist es nicht. Es wird vorderhandlich sein, diesen Standpunkt bei Eröffnung der nächsten Versammlung klarzustellen. Damit rückt auch die Rede „meine Herren“, falls sie gebraucht sein sollte.

2. Die Besprechungsgegenstände werden vor der Heeresleitung bestimmt. Kommen aus der Versammlung Wünsche auf Besprechung anderer Gegenstände, so ist hierfür die Genehmigung der Heeresleitung erforderlich. Ausdrücke wie Tagesordnung usw. sind zu vermeiden.

3. Bestimmungen, wie sie vorgenommen sind, sind ganz überflüssig. Die Versammlung hat kein Beschlusrecht, sondern nur eine beratende Aufgabe. Die Ansichten der Truppe können auch ohne Abstimmung festgestellt werden. Die Mehrzahl von Stimmen ist dafür gleichgültig, sondern es kommt darauf an, alle Stimmen zu hören. Werden Wehrheitsbeschlüsse gefaßt und nachher nicht befolgt, so entsteht Unzufriedenheit. Wie es zu einer Abstimmung über die Nationalkassette kommen konnte, ist mir völlig unverständlich.

4. Die Hauptarbeit muß in die Ausschüsse verlegt werden. Besprechungen sind zu beschränken; sie führen nur zu unfruchtbaren Debatten.

5. Es ist bedauerlich, daß in die erste Versammlung bereits politische Momente durch die Frage der Nationalkassette hineingetragen sind. Solche Fragen müssen unbedingt ausgeschaltet bleiben, damit die Verhandlungen sich in den Grenzen halten, die von der Heeresleitung beabsichtigt sind.

6. Nicht der Minister, sondern der Chef der Heeresleitung beruft die Kammer und bestimmt den Beratungsstoff bzw. trifft Entscheidungen. Die Heereskammer hat kein Recht, unmittelbar vom Minister gehört zu werden. Nur im Fall gemeinsamer Beratungen der Heeres- und Marinekammer beruft der Minister beide Kammern.

7. Die äußeren Vorbereitungen (Unterbringung usw.) müssen sorgfältig getroffen werden.

Von vorstehendem bitte ich die Herren Chefs der Armee und den Vorstehenden Generallieutenant v. Bergmann schriftlich zu verständigen.

Dieser Erlaß des „republikanisch“ gesinnten Chefs der Heeresleitung und „Schülers der revolutionären Erregenschaften“ zeigt mit aller Deutlichkeit das widerliche Possenspiel, das mit der Heeres- und Marinekammer gespielt werden sollte. Der ganze Zweck war nur den mehreren Charakter des neudeutschen Militarismus zu verschleiern, der sich in nichts als höchstes durch größere Unwissenheit und „Reaktion“ von dem alten Heeresorganismus unterscheidet. Dem Volke sollte eine „demokratische“ Illusion vorgetäuscht werden. Nur der besto unerschütterlich und unauffälliger der alte Kavalleriechor und die unbeschränkte Macht des konterrevolutionären Offizierkorps wieder befestigt werden konnte.

Daß dieser Erlaß überhaupt gegeben werden konnte, ist bezeichnend für die Zustände in der neuen deutschen Republik, in der es irgendein sehr selbstbewußter General wagen kann, sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegzusetzen. Und weiter ist es ein Beweis dafür, daß der „demokratische“ Reichswehrminister Gehler genau so wie Koste von den militärischen Drahtziehern als große Null gewertet wird.

Um so komischer wirkt es, wenn ausgerechnet der Vorwärts und andre rechtssozialistische Zeitungen über das annehmende und proporzierende Verhalten der Militärsammlerinnen und den Reichstag — diesen Reichstag — auffordern, schleunigst mit dem Reichswehrminister abzurechnen. Waren es doch gerade die Rechtssozialisten, die aus blöder Furcht vor dem Bolschewismus der Reaktion Hilfe leisteten, das alte militärische System zu retten. Nicht die Beileitung irgendeines widerpenigen Generals und eines unfähigen Reichswehrministers ist das Entscheidende, sondern die Annullierung des alten militärischen Kollengeistes durch Beseitigung aller gegenrevolutionären Elemente aus dem Heer, Beseitigung der heutigen Reichswehr und Schaffung einer auf demokratischer Grundlage aufgebauten wirklichen Volkswehr.

Hamburger Methoden.

Der „Genosse“ Levi und der „Lump“ Dittmann.

Der Hamburger Volkszeitung haben die Artikel des Genossen Dittmann nicht gefallen. Sie bringt einen Auszug unter der Überschrift: Der unabhängige Parteisekretär als Antibolschewist und fügt hinzu:

Wilhelm Dittmann will für seine in Russland während des Kongresses gemachten Erfahrungen und Enttäuschungen Rache nehmen. In diesem Zusammenhang wird noch eine kleine Anekdote interessant, die Genosse Paul Levi (KPD.) in der Roten Fahne erzählt: „Bei einer Besprechung der Angelegenheit in der Exekutive der Internationale, deren Ergebnis durchaus dem Obigen und auch den Wünschen Dittmanns entsprach, wurde von irgendeiner Seite eingeworfen: Dittmann wird aus der Späße in Deutschland eine antibolschewistische Propaganda machen, wenn sich die USPD. nicht an die kommunistische Internationale anschließt. Andre warfen ein: Nein, solch ein Lump ist Dittmann nicht!“

Wir brauchen diesem Erguß kein Wort der Kritik anzufügen. Er spricht so deutlich für sich selber, daß jeder Leser sich selbst sagen wird, daß die für diese Worte Verantwortlichen dem „Genossen“ Levi, dem Kommunisten, viel näher stehen als dem Genossen Dittmann, dem Sekretär der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es ist nichts als Unehrlichkeit, wenn sie nicht dahin gehen, wohin sie gehören.

Daselbe Blatt bringt eine Erklärung des Genossen Kautsky aus der Freiheit. Genosse Kautsky teilt folgendes mit:

„Wenn man nach Däumigs Vorgehen schliessen kann, dürfte in den Diskussionen über den Anschluß an die Dritte Internationale auch über meine Person gestritten werden.“

Wenn ich an diesen Debatten nicht teilnehmen, so bitte ich die Genossen, dies nicht mißzuverstehen. Es liegt vor allem daran, daß ich eben jetzt eine Studienreise nach Transkaukasien unternehme, eingeladen von der sozialistischen Regierung der Republik Georgien.

Ich sehe keinen Grund, die seit Wochen vorbereitete Reise aufzugeben.

Die Gegensätze, die heute in der USPD. ausgetragen werden, fallen keineswegs zusammen mit dem Gegensatz zwischen dem Kommunismus und den Anschauungen, die ich vertritt.

Und diese Anschauungen brauche ich nicht neu zu entwickeln, ich habe sie seit zwei Jahren in mehreren Schriften dargelegt.

Auch die Dritte Internationale habe ich früher schon eingehend, wie sie sich jetzt zeigt. In meiner Schrift über Vergangenheit und Zukunft der Internationale lagte ich z. B. auf Seite 56 und 59:

Die Dritte Internationale kann nur Mitglieder brauchen, die die Moskauer Diktatur nicht bloß für Russland, sondern auch für sich anerkennen. . . Die Dritte Internationale wird nie mehr sein, als die Internationale einer Sekte, der Kommunisten. . . Sie kann nie alle sozialistischen Massenparteien umfassen, wird fast stets nur Parteipolitiker umfassen.

Es ist nicht zu erwarten, daß im Laufe der Diskussion neue, noch unerwartete Probleme auftauchen werden. Deshalb erscheint es mir nicht notwendig, in die Diskussion einzugreifen.

Es bleibt mir beim Abschied bloß übrig, zu wünschen, der Gegensatz möge eine Lösung finden, die den Zusammenstoß des Proletariats zu einer fruchtvollen Front ermöglicht.“

Diese Erklärung versteht das Hamburger Organ mit der Ueberschrift: „Kautsky entflieht“ und am Schluß steht es hinzu: „Danach hat also Kautsky der Tapferkeit besten Teil erwählt.“ Auch diese erbärmlichen Dredwürze überlassen wir der Betrachtung der anständigen Genossen.

Juristisch verantwortlich ist für diese Gemeinhalten Ehrenfried Wagner. Die politische Verantwortung wird man aber wohl dem ehrenwerten Wilhelm Herzog zuweisen müssen, der die Chefredaktion des Hamburger Volksblattes noch immer nicht niedergelegt hat. Dem Herrn ist in der Weltbühne vorgeworfen worden, daß er sich kurz vor der Revolution von schwerreichen Kapitalisten das Geld für eine Zeitung zu erschwindeln suchte, die gegen den Bolschewismus gerichtet sein sollte. Außerdem hat ihm die Weltbühne direkte kriminelle Vergehen schwerer Art vorgeworfen. Auf der Reichskonferenz ist erklärt worden, gegen Wilhelm Herzog werde die Anklage erhoben, er habe von einer Stelle eine größere Geldsumme für literarische Zwecke erhalten, von der er 40 000 Mk. an die USPD. zu Händen des Genossen Haase abgeben sollte. Haase habe das Geld nicht erhalten. Weiter wird Herzog beschuldigt, bei der Liquidation eines Zeitungsunternehmens, an dem er in irgendeiner Weise beteiligt war, Geld unterschlagen zu haben. Das Unternehmen, das Anteilsscheine ausgegeben hatte, mußte liqui-

dieren. Später gab Herzog in einer Sitzung an, er habe noch eine größere Summe — 20 oder 30 000 Mk. — von den Geldern des Unternehmens im Besitz. Bei dieser Angabe schlug Genosse Däumig mit der Faust auf den Tisch und sagte: „Da hört aber doch alles auf; den Arbeitern konnten die Anteilsscheine nicht ausgehakt werden.“

Wie weit diese Beschuldigungen zutreffen, muß die Untersuchung ergeben. Für jeden anständigen Menschen ist es aber klar, daß ein Mann, der eine Vertrauensstellung in der Arbeiterbewegung bekleiden will, solche Beschuldigungen, wie sie die Weltbühne erhoben hat, nicht auf sich sitzen lassen kann, daß er gegen das Blatt klagen muß. Dieser Ansicht ist, wie Genosse Rosenfeld auf der Reichskonferenz mitgeteilt hat auch die Untersuchungskommission, die den Fall Herzog bearbeitet. Herzog hatte aber bis zur Tagung der Reichskonferenz die Klage nicht eingereicht, und ein Zuruf von seiner Seite zeigte, daß er sich gern um diese Klage herumdrücken möchte. Wie dem aber auch sei, auf jeden Fall gehörte es sich, daß Herzog, solange er sich nicht vollständig gereinigt hat, von der Leitung des Hamburger Parteiblattes zurücktreten mußte. Das war bisher wenigstens in der Partei Übung. Als auf dem Dresdner Parteitag im Jahre 1903 die bekanntest Anklagen gegen den Genossen Mehring erhoben wurden, die nicht entfernt so infamierend waren wie die, die sich jetzt gegen Herzog richten, legte Genosse Mehring bis zu seiner Rechtfertigung durch die Untersuchung die Chefredaktion der Leipziger Volkszeitung und die Mitarbeiterchaft an der Neuen Zeit ohne weiteres nieder. So handelt ein Mann von Reinlichkeitssinn und politischem Verantwortungsgesühl. Von Herrn Herzog ist beides anscheinend nicht zu erwarten. Aber die Hamburger Genossen sollten ihm wirklich den nötigen Anstoß geben.

Kommunistische Treiberereien in der U. S. P.

Die Freiheit bringt folgenden Handzettel, der in den letzten Tagen unter den Mitgliedern der USPD. Berlins verbreitet wurde.

Uchtung! Uchtung! Genossen der U. S. P. D. Alle Anhänger der 3. Internationale! Treffen sich am Freitag, dem 10. September, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Alte Jakobstraße 136.

Das vorbereitende Komitee.

Unser Berliner Organ fügt hinzu, daß dieser Zettel in der Druckerei der Roten Fahne gedruckt und u. a. in einer Funktionärsversammlung der USPD. in der Neuen Welt am Sonnabend verbreitet worden ist.

Wir haben Anlaß, anzunehmen, daß die Kommunisten auch in anderen Orten nach derselben Methode an der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie arbeiten. Die Parteigenossen werden die Augen offen halten müssen.

Der Kampf um das Moskauer Diktat.

Aus Jagen (Weißalen) wird vom 8. September berichtet: Eine hier tagende Konferenz der Kreislösungen und Ortsvorstände der Unabhängigen Sozialdemokratie des Weisfältischen Industriegebietes nahm nach Vorträgen von Dettlinghaus und Teuber über die 3. Internationale Stellung zum Anschluß an Moskau und kam fast einstimmig zur Ablehnung der Bedingungen. Auch Genossen aus den Betrieben wandten sich scharf gegen Däumig und Genossen. Die endgültigen Beschlüsse sollten durch eine Abstimmung herbeigeführt werden.

Eine Kreisversammlung für die Kreise Sangerhausen und Garbsberg (Bezirk Halle) nahm eine Resolution an, die die Annahme der Moskauer Bedingungen fordert. Der Kreis Torgau-Liebenwerda (ebenfalls Bezirk Halle) hat sich auf denselben Standpunkt gestellt.

In Reichshaus hat sich die letzte Mitgliederversammlung der Partei nach einem Vortrag des Genossen Hirsch einstimmig dahingehend erklärt, daß die Bedingungen Moskaus unannehmbar sind.

Wenn dadurch eine aktionsfähige, kräftige Internationale in Frage gestellt sei, so sei das die ausschließliche Schuld der russischen Genossen. Die allzu starke Betonung der zentralistischen Organisationsform schiebe nicht nur mit der föderativen Staatsverfassung Russlands in Widerspruch, sondern verneine von vornherein auch die Verschiedenartigkeit kultureller, politischer und wirtschaftlicher Voraussetzungen der einzelnen Länder zur Weltrevolution. Die Versammlung hofft, daß diese unsere Ansicht ohne Schaden für die Partei auf dem kommenden Parteitage zur maßgebenden werde.

Schweizer Sozialdemokraten gegen das Moskauer Diktat.

Bern, 6. September. Die sozialistischen Nationalräte der Westschweiz Graubünden und Valais lehnen in ihren Wäldern die Bedingungen zum Beitritt zur dritten Internationale gütlich ab. Gruber erklärt in der Sentinelle: Der Geist der Tyrannei und die drohende Sprache der Bedingungen müssen jeden empören, der nicht allen Stolz und Unabhängigkeitssinn verloren hat.

Deutschnationaler Schwindel.

In reaktionären Blättern, so in der Täglichen Rundschau, wird gegen Georg Davidsohn, den Redakteur des Abtinenten Arbeiters und ehemaligen rechtssozialistischen Reichstags- und Nationalparlamentarierabgeordneten, die Beschuldigung erhoben, daß er beim Verkauf von 500 000 Männeranzügen für Bergleute und Eisenbahner Millionengewinne zu verzeichnen trachtete. Wir wissen nicht, was an dieser Beschuldigung ist, wollen indes hoffen, das Davidsohn ihre Faktosität erweisen kann. Die Fassung der Notiz ist zum mindesten verdächtig, sie zeigt deutlich, daß die Beschuldigung zum Zwecke einer Hetze gegen die Unabhängige Sozialdemokratie erhoben wird. Davidsohn wird nämlich fälschlich als Unabhängiger präsentiert, was er nicht ist. Der Vorwärts stellt fest, daß nach seinen Erklärungen Davidsohn besser aus der rechtssozialistischen Partei nicht ausgeschieden ist, wenn auch seit längerer Zeit ein Ausschlussverfahren gegen ihn schwebt.

Dieses Verfahren ist offenbar wegen der Beschuldigungen eingeleitet worden, die Davidsohn wegen der Marx-Barbus-Affäre gegen Scheibemann und andere rechtssozialistische Größen erhoben hat. Von einer Hinneigung Davidsohns zu den Grundfragen der Unabhängigen Sozialdemokratie ist uns nichts bekannt — was die Schwindelquelle der Reaktionspresse nicht hindert, ihn als einen solchen Kommunisten hinzustellen.

Noch kein Entwurf über die Arbeitsdienstpflicht.

Das Reichsarbeitsministerium läßt durch das Postfache Bureau mitteilen, daß die auch von uns wiedergegebene Nachricht, nach der das Ministerium einen Gesetzesentwurf über die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht vorbereite, nicht zutreffend sei. Das Dementi bestätigt aber gleichzeitig die Tatsache, daß man sich in Reichsarbeitsamt fortgesetzt mit dieser Frage beschäftigt. Nach der amtlichen Darstellung laufen im Reichsarbeitsministerium immer wieder Entwürfe und Vorschläge ein und werden auf ihre Bedeutung und praktische Durchführbarkeit geprüft. Man ist nur bisher zu keinem bestimmten Entschluß gekommen. Man muß aber trotzdem damit rechnen, daß wir eines schönen Tages mit einer Neuaufgabe des Arbeitsdienstgesetzes beglückt werden sollen.

So muß es kommen!

Wie wir seinerzeit berichtet haben, ist der Führer des Freikorps Ludow, dem eine Reihe von Verbrechen und Verbrechen u. a. der Nord an unsern Genossen Schattländer und Verwicklungen in einer sozialistischen Drucker, zur Last gelegt werden, wegen eines sichtlich eingetretenen Lungenerleidens aus der Haft entlassen worden. Damit aber der Gerechtigkeit Genüge geleistet werde, hat jetzt die Breslauer Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen Breslauer Volkswacht, Zimmer, ein Disziplinarstrafverfahren wegen „Beleidigung gegen die Führer des Freikorps Ludow, der 3. Marinebrigade und des Freikorps Fajuel in Bezug auf ihren Verzug“ eingeleitet. So wird es schließlich noch dahin kommen, daß der Redakteur, der die Verbreiten der Unlosigkeit gebrandmarkt hat, eingesperrt wird, während der Mörder straflos ausgeht. Wir haben es wirklich weit gebracht in der freiesten Republik der Welt, im Lande der vollendetsten Demokratie!

Er bleibt der alle.

Aus Anlaß einer Gedenkfeier an das Massenschlachten bei Jannenberg hatte der Nationalverband Deutscher Offiziere auch in Telegramm an den Deserteur in Amerongen gerichtet. Darauf hat er nach dem Bericht einer Nachrichtenstelle die folgende Antwort erhalten:

„Dem Nationalverband Deutscher Offiziere“ danke Ich herzlich für das treue Gedenken am 27. August. Möchte dem Vaterland einst wieder ein Jannenberg werden.

Neuer Krieg, neuer Massenmord — des Wilhelm I. R. — das Ideal der verbrecherischen Gesellschaft, die durch ihre grünen-naheliegende Weltmachtspolitik das deutsche Volk in das tiefste Elend gestürzt haben. Möge das deutsche Volk dessen immer ein Gedächtnis sein.

Die „aufgelöste“ Einwohnerwehr.

Wie an anderen Orten, ist auch in Berlin-Wilmersdorf die Einwohnerwehr bereits wenige Wochen nach dem Kampfschlusse „aufgelöst“ worden. Tatsächlich aber besteht sie, wie dem Berl. Tagebl. mitgeteilt wird, nach Ausschaltung der „unzuverlässigen Elemente“ lüstig weiter. So hat sich eine Abteilung der Einwohnerwehr als „Stammisch Prinz-Regent“ etabliert, kommt alle vierzehn Tage, Freitag abend, in einem Restaurant Prinz-Regent-Strasse, Ecke Hünnebelstraße, zusammen und hält ferner Lehungen im Schießstand auf dem Schießplatz der Einwohnerwehr in Solente; und anderswo ab. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Entwaffnungskommissar bei seiner Aktion den aufgelösten Einwohnerwehren Groß-Berlins keine besondere Aufmerksamkeit zuwenden möchte, soweit das Blatt. Wir meinen, daß er sich nicht auf Groß-Berlin beschränken darf.

Ablehnung deutscher Forderungen durch die Völkervereinigung.

Paris, 7. September. (Havas.) Die Völkervereinigung hat gestern beschlossen, das deutsche Ersuchen um Ermächtigung zur Organisierung besonderer Wachtruppen zur Bewachung der in Deutschland internierten Bolschewisten abzulehnen, da Deutschland über genügende Mittel verfüge, um die Internierten zu bewachen. — Die Konferenz hat weiter beschlossen, auf die deutsche Note wegen Entsendung einer neutralen Untersuchungskommission nach Oberschlesien eine abschlägige Antwort zu erteilen. — Auch die deutschen Einwendungen gegen die Anerkennung des amerikanischen Schiedsrichters für die Verteilung der Kustontonne, Sines, die erhoben waren, weil die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag noch nicht ratifiziert hätten, wurden zurückgewiesen.

Eine polnische Anklage gegen die deutsche Regierung.

Warschau, 7. September. Amtlich wird durch den Ostdienst berichtet: Die polnisch-deutschen Verhandlungen, welche der deutsche Außenminister Dr. Simons in seiner Rede vom 1. September vor dem Reichstagsauschuss Erwähnung tat, haben zu keinem Ergebnis geführt, lediglich infolge des Verhaltens der deutschen Regierung, die im Mai die Konferenz abbrach und ihre Delegierten aus Paris abzurufen hatte. Die polnischen Bemühungen um Anknüpfung neuer Verhandlungen sind fruchtlos geblieben, weil die deutsche Regierung stets die neuen Verhandlungen zu verhindern suchte. Wie ferner verlässlich ist, steht es fest, daß die Begünstigung im Durchgangsverkehr durch den Korridor nur deshalb noch nicht in die Entscheidung getreten ist, weil die deutsche Regierung unbeachtet der polnischen Genehmigung direkte Züge auf der Linie Gerał-König noch nicht verkehren ließ. In den Vorjahren in Breslau wird erklärt, für die gedankenlose und barbarische Haltung eines von Kaitatoren aufgeschalteten Böbels habe man lediglich Worte der Verurteilung, nicht aber der Erklärung.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Spannung hält an.

Berlin, 8. September. Von der Lage in Oberschlesien wird in den Berliner Blättern gesagt, sie sei andauernd gespannt. Die Blätter besprechen gleichzeitig angebliche Absichten der Entente, die Abkündigung in Oberschlesien zu verschleppen. M. Kattowick, 8. September. In den Landkreisen hat sich zum Teil die Lage so verschärft, daß zahlreiche deutsche Familien, die bis jetzt trotz aller Verfolgungen in ihrer Heimat ausgeharrt hatten, die Flucht ergreifen. Aus Wittow bei Michalkowich sind in den letzten Tagen allein 25 deutsche Familien ausgewandert, da sie bei den forschlichsten Drohungen der Polen für ihr Leben fürchten mußten. In diesen Gegenden ruht der Schulbetrieb vollständig, da die Kinder der Polen sich weigern, sich in deutscher Sprache unterrichten zu lassen.

Kattowick, 8. September. Die drei im Verlag von Siminna erscheinenden Zeitungen Oberschlesische Morgenzeitung, Kattowicker Zeitung und Königschiller Tagesblatt sind neuerdings auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Verhaftungen wegen der Breslauer Vorgänge.

Breslau, 7. September. In der Nacht vom Montag zum Dienstag vorgekommenen Razzia hat sich die Zahl der wegen Verleumdung an den Anruhen verdächtigten Personen auf 35 erhöht. Der Verdacht bezieht sich immer mehr, daß provokatorische Elemente ihre Hand im Spiel hatten.

Neue Kabinettsitzung wegen Oberschlesien.

M. Berlin, 8. September. Wie die Bolschische Zeitung hört, findet heute abermals eine Kabinettsitzung wegen Oberschlesien statt. Man hält es für möglich, daß sich dadurch erneut die Einberufung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten als notwendig erweisen wird.

Reichsmittel zur Unterstützung Hülfsleidender.

M. Berlin, 8. September. Der Reichskanzler hat an den Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien, Fürsten zu Haffeld, ein Schreiben gerichtet, worin u. a. mitgeteilt wird, daß, um der äußeren Bedrängnis zu wehren, die durch den Tod ihrer Ernährer und durch zahllose Gewalttaten über unschuldige Familien hereingebrochen ist, die Regierungen den Betrag von zunächst zehn Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Die Sowjet-Regierung und der Frieden.

Tschitscherin gewährte einem englischen Korrespondenten eine Unterredung über die allgemeine politische Lage. In erster Linie verteidigte er die Politik der Sowjetregierung bei den Friedensverhandlungen, wobei er darauf hinwies, daß, seitdem Sowjetrußland die Forderungen über die Errichtung einer Arbeitermiliz hat fallen lassen, kein einziges Hindernis mehr für den Frieden besteht, und daß der Frieden leicht zustande kommen könne, wenn nur die englische Regierung die Sowjetdiplomatie unterstütze, wozu sie in Übereinstimmung mit ihren eigenen Er-

klärungen verpflichtet sei. Jedenfalls kann Tschitscherin sich nicht vorstellen, daß die britische Regierung in der Frage der Grenzregulierung von der in der feierlichen Erklärung des Obersten Rates festgestellten Kurzonlinie einen andern Standpunkt einnehmen könne. Eine Erklärung Englands in dieser Richtung würde im gegenwärtigen Augenblick von höchstem Werte sein, da Polen von Frankreich unterstützt werde und sich unzweifelhaft weigere, das zuzubilligen, was tatsächlich bei den Friedenspraktikanten bereits angenommen worden war. Es könne keine andere Lösung der territorialen Fragen geben, als die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißlands zu gewähren. Auf die Frage, ob die Sowjetregierung den Polen die Forderung stellen werde, ein Referendum in diesen Gebieten abzuhalten, antwortete Tschitscherin, das ukrainische Volk habe bereits zweimal durch Vermittlung der Sowjets seinem Willen Ausdruck gegeben und auch Weißrußland habe dies bereits zweimal getan. Tschitscherin erklärte, wir ziehen ein Referendum durch Vermittlung der Sowjets vor. Bezüglich Ost-Galiziens erklärte Tschitscherin, Galizien sei für Sowjetrußland von keinem besonderen Interesse. Hierüber bestünde aber eine große Meinungsverschiedenheit zwischen Rußland und Frankreich. England weigere sich deutlich, Lemberg an die Polen zu geben, während die polnische Regierung, unterstützt von Frankreich und vermuthlich von den französischen Petroleuminteressen darauf bestünde, Ost-Galizien zu erhalten. Tschitscherin würde eine deutsche Erklärung der englischen Politik auch hierüber begrüßen und eine solche Erklärung würde viel dazu beitragen, Polen zu bewegen, Gegenvorschläge einzuleiten, wodurch das größte Hindernis bei den Friedensverhandlungen wegfallen würde.

Tschitscherin schickte also mit Recht die Verantwortung für die Entschädigung über den Frieden Englands zu. Die englische Regierung wird sehr zu beweisen haben, daß ihre früheren Erklärungen ernst gemeint waren. Nachdem sich Rußland auf den Boden der Forderungen gestellt hat, die die Alliierten und Polen selbst erhoben haben, dürfte tatsächlich kein Hindernis für den Abschluß des Friedens mehr bestehen, zumal sich Rußland auch hinsichtlich Galiziens als nicht interessiert erklärt. Die neuen russisch-polnischen Verhandlungen werden nach den neuesten Meldungen am Donnerstag in Riga beginnen. Die neue Verhandlung soll dadurch entstanden sein, daß die Sowjet-Regierung noch weitere Garantien für die Konferenz von der lettischen Regierung gefordert hat.

Der gestern gemeldete polnisch-ukrainische Konflikt scheint bereits eine Entspannung erfahren zu haben. Nach Meldungen aus Warschau soll Polen bereit sein, seine ursprüngliche Absicht, die Räumung des Gebietes von Suwalki durch die ukrainischen Truppen binnen zehn Tagen zu fordern, aufzugeben. Die polnische Regierung habe sich mit den Alliierten beraten und zeige inzwischen eine maßvolle Haltung. Die endgültige Regelung des Streitfalles soll dem Völkerbund übertragen werden. Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, als sei Polen jetzt ernstlich bestrebt, zum Frieden zu kommen. Es soll auch den Vorschlag Brangels, eine gemeinsame Offensive gegen Rußland zu unternehmen, abgelehnt haben.

Aus Rußland werden von verschiedenen Seiten wieder einmal blühende Erhebungen gegen die Sowjetregierung gemeldet. Besonders in Südrußland und in der Gegend von Moskau sollen Unruhen und auch Mordtaten roter Truppen vorgekommen sein. Ob es sich dabei tatsächlich um Vorgänge ersterer Natur handelt, läßt sich auf Grund der unbestimmten Nachrichten nicht beurteilen.

Aus Nachrichten aus verschiedenen Quellen geht hervor, daß die Bolschewisten dabei sind, ihre Streitkräfte im Norden wieder zu ordnen. Die Angriffe, die die Russen im Süden vorgenommen hatten, haben abnehmend lediglich den Zweck gehabt, die Aufmerksamkeit der polnischen Heeresleitung von der russischen Neugruppierung im Norden abzulenken. Zusammengefaßt ergibt der Lagebericht folgendes Bild: In der litauisch-polnischen Front südlich Wilna bei Suwalki und südlich Bunt-Winty-See ist die Kampfhandlung, südlich Bielsk, am Bug und nordwestlich von Cholm Teilkämpfe. In der Gegend der Armee Subjektiv wurde Grubeshow von den Polen genommen. Zwischen der Bugquelle und der Flota Lipa erfolgreicher bolschewistischer Widerstand. Südlich von Lemberg wurde Jodlamien von den Bolschewisten besetzt.

Enver Pascha im Dienst der Bolschewisten?

London, 7. September. Ein Radiogramm vom 3. d. M. besagt: Wie Moskauer Nachrichten melden, ist Enver Pascha auf Wunsch Penins und Trotski zum Oberkommandierenden der bolschewistischen Truppen, die gegen Indien marschieren, ernannt worden. Die bolschewistischen Truppen im Kaukasus, Persien, Afghanistan und Transkaspien sind unter seinem Befehl gestellt worden. Enver Pascha hat sein Hauptquartier in Smolensk.

Abbruch der finnisch-russischen Friedensverhandlungen?

Stockholm, 8. Sept. (M.T.N.) Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen in Dorpat sind neuerlich zum zweitenmal abgebrochen worden. Die finnischen Delegierten sind abgereist. Die Russen forderten außer einem Gebietsstreifen bei Petersburg 18 Milliarden Mark als Entschädigung für russisches Staatsgeldentum in Finnland.

Im Gegenzug zu dieser Nachricht besagt eine Meldung aus Helsingfors, daß die Verhandlungen nunmehr verließen, daß sich Rußland nachahlig zeige und mit einem baldigen Frieden gerechnet werden könne.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Präsident Thomas über die politische Lage.

Amsterdam, 7. September. (Neuter.) In Portsmouth wurde gestern der Gewerkschaftskongress eröffnet. Zugewesen waren 950 Delegierte, die 6 1/2 Millionen Mitglieder vertraten. Das Unterhausmitglied Thomas als Präsident hielt eine Ansprache, in der er den drohenden Kohlenstreik nicht erwähnte. Der Kongress nahm eine Entschädigung an, in der die Freilassung des Bürgermeisters von Cort gefordert wird.

Thomas entwarf zu Beginn einer Rede ein politisches Bild über die allgemeine Lage. Er sagte: Der europäische Friede kann nur zustandekommen, wenn alle Länder, die am Kriege teilgenommen haben, bereit sind, den Vertrag in einem anderen Geiste auszulegen, als demjenigen, in dem er aufgestellt wurde. Es kann nicht bestritten werden, daß die Arbeiterbewegung der öffentlichen Meinung Ausdruck gegeben und den Wunsch der Staatsmänner bereit hat, die unser Land selbst auf die Gefahr eines Krieges in die imperialistische Politik auswärtiger Mächte hineinzuziehen wollten. Unsere Gegner wissen, daß unser einziges Ziel war, einen Krieg mit Rußland zu verhindern. Bisher ist uns dies geglückt, doch die Gefahr ist noch nicht vorüber und kann nicht vorüber sein, solange kein vollkommener Friede mit der russischen Regierung geschlossen ist. Thomas hob dann hervor, daß das Vorgehen bezüglich Rußlands keine Viltigung des Kätejosiems bedeute, und betonte das Recht des englischen Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen. Wenn das russische Volk das Sowjetsystem wählt, so ist das seine Sache. Thomas stellte weiter die Forderung auf, daß Polens Unabhängigkeit gewahrt bleiben müsse. Zum Schluß sprach er über die finanzielle und industrielle Lage. Er sagte, der kommende Winter werde wahrscheinlich der schwierigste sein, den man seit 1919 erleben werde. Tausende seien bereits arbeitslos und es sei klar, daß das Industrieleben einer Krise entgegengehe. Es seien Zeichen dafür vorhanden, daß in mehr als einem Zweige der Industrie Schritte getan würden, um die Interessen der Kapitalisten zu konsolidieren. Ich glaube nicht, sagte Thomas, daß die

Arbeiter den Kampf um des Kampfes willen wollen. Es ist im Gegenteil unsere Pflicht, nicht einen Konflikt zu provozieren, denn der industrielle Friede ist ebenso nötig wie der international Friede. Andererseits muß man es sich deutlich klar machen, daß die Aufspaltung und Anspannung von Jahren, durch die die Arbeiterklasse ihre gegenwärtige Stellung erreicht hat, nicht verloren gehen darf. Wir werden bereit sein, nicht in Gruppen, sondern als Masse jede Herausforderung anzunehmen, die gegen die industrielle Freiheit und unsere wirtschaftliche Emanzipation gerichtet ist.

Die Times bespricht im Leitartikel mit einer gewissen Befriedigung die Eröffnungsrede Thomas', die das Blatt als ein Entschuldig für die eifrigen Vorkämpfer des Klassenkampfes bezeichnet.

Keine neuen Verhandlungen mit den englischen Bergarbeitern?

London, 7. September. (Neuter.) Bis zur Stunde ist kein Versuch gemacht worden, die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und der Regierung wieder aufzunehmen. Während die Regierung bereit ist, die Frage der Lohnerhöhung einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, weigert sie sich, wie von der unterrichteten Seite erklärt wird, die Frage der Revision des Hausbrandkohlenpreises einer andern Instanz als dem Unterhaus zu unterbreiten, da es sich dabei um eine rein politische und nicht industrielle und wirtschaftliche Frage handle.

London, 8. September. (L.N.) Die Konferenz der Bergarbeiter, am 25. September in den Streik zu treten, sofern die Regierung keinen Versuch macht, mit den Bergleuten zu verhandeln.

Deutschland.

Seimtransport der Gefangenen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bis einschließlich 31. August auf dem Wege über die Ostsee heimbeordert wurden: Aus Deutschland 44 505 Russen, aus Rußland 38 490 Heimkehrende aller Nationen, darunter 11 248 Deutsche.

Kaffee-Einfuhr. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, ist der Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg ermächtigt worden, bis auf weiteres die Einfuhr von Kaffee in beschränktem Umfang wieder auszulassen. Die Höchstgrenze der Einfuhrbewilligungen ist auf 500 Tsd. arbeitsfähig festgesetzt.

Deutsche Lokomotiven für Rußland. Wie die Kaiserliche Reichsbahn mitteilt, hat die Maschinenfabrik von Henschel einen Auftrag von 200 Lokomotiven für Sowjetrußland erhalten.

Luftverkehr Basel-Frankfurt a. M.? Die schweizerische Oberpostdirektion ist von Berlin aus eingeladen worden, Verhandlungen zwischen den beiden Ländern über die Aufnahme eines Luftpostverkehrs zwischen Basel und Frankfurt a. M. zu eröffnen.

Verurteilung wegen Beleidigung farbiger Truppen. Der Inhaber der Mainzer Stereotypendruckerei Berger, Derausgeber eine Plattenkorrespondenz für kleinere Zeitungen, wurde vom französischen Militärgericht Mainz wegen angeblicher Beleidigung der farbigen französischen Truppen zu drei Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er wurde sofort in Haft genommen.

Differenzen zwischen Memel und Tilsit. Ein im Tilsiter Gebiet zur Ueberwachung der Ausfuhr gebliebener Ausfuhr hat eine Sendung von 180 Fässeln angehalten, die für die Memeler Landespolizei bestimmt waren, ferner einen gleichfalls für das Memeler Gebiet bestimmten Wagon Saatgetreide beschlagnahmt. Für den Fall, daß nicht bald eine Freigabe erfolge, werde man im Memel-Gebiet zu Gegenmaßnahmen in Aussicht nehmen, wobei eine Sperrung der Milch- und Schlachtabfuhr in Frage kommt, die für Tilsit sichtbar sein wird, da dies bedeutende Lebensmittelendungen aus dem Memel-Gebiet erhält.

Von Nah und Fern.

Ein Sicherheitspolizist als Mörder.

Berlin, 8. September. In Teltow wurde nachts der Gendarm Gehler von einem Unterwachsmann der Sicherheitspolizei in Dortmund, Brantenberg, der zur Zeit in Teltow auf Urlaub weilte durch mehrere Revolverkugeln getötet. Der Täter wurde verhaftet und ist geflüchtet. Er war von dem Ermordeten beim Kartoffelstechen ergriffen worden.

Erdbeben in Italien.

Rom, 7. September. (Stefani.) Am frühen Morgen wurde in einigen Teilen der Provinz Piemont ein ziemlich heftiges Erdbeben verurteilt. Man meldet einige Opfer. Dasselbe ist abgeklungen.

Rizza, 7. September. Heute morgen wurde an der ganzen Küste ein leichtes Erdbeben verurteilt. Schaden ist nicht zu verzeichnen.

Rom, 7. September. (Stefani.) Wie die Zeitungen berichten, sind infolge des jüngsten Erdbebens die Telegrafen- und Telefonleitungen in mehreren Orten zerstört. In Fretto sind zahlreiche Kamine eingestürzt. Die Kirche in Biareggio ist beinahe ganz zerstört. In Castrofranco di Sotto kürzte die Besatzung der Rizza ein. Von Riverano, Forni und Montignone kehren nur noch Ruinen. In Fontanafredda gab es eine Anzahl Verletzte. In Marina und Rarara wurden einige Häuser beschädigt. In vielen Orten entstand eine Panik; die Bewohner sprangen vielfach aus den Fenstern und erlitten dabei Verletzungen, teilweise auch den Tod.

Verunfallte Flieger.

Breizh, 7. September. Ein von Italien kommendes Flugzeug mit einem finnischen Offizier an Bord ist morgens auf dem Flug nach Finnland unweit des Ufers in den Züricher See gestürzt. Anscheinend wollten die Flieger eine Notlandung vornehmen und sind dabei abgestürzt. Beide sind tot. Die Leiche des italienischen Fliegers konnte geborgen werden.

Paris, 7. September. Ein Militärflugzeug stürzte gestern nachmittag über Montrouge auf den Hof eines Kinderheimes ab. In dem gerade eine Anzahl Kinder im Spiel waren. Vier Kinder wurden getötet, ein fünftes schwer verletzt.

Paris, 7. September. Wie der Matin aus Reims meldet, ist ein Militärflugzeug über Biffix abgestürzt. Die beiden Insassen wurden getötet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Rast in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Friedrich Hill r. Kordorfer-Verlag.

Druck und Verlag: Kordorfer-Verlag, Leipzig, Postfach 100.

Elegante Schuhe

müssen Continental-Gummiabsätze haben. Sie ermöglichen geräuschlosen, graziösen Gang, ersparen Kraft und schonen Nerven wie Körper. Jeder Schuhmacher führt

Continental

Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. September.

Parteiangelegenheiten.

Rebuvvereinigung.

Donnerstag, den 9. September, abends 6 Uhr, Zusammenkunft im Arbeiterbildungsinstitut, Braustraße 17, pt. Unten: U. S. P. D. und die 3. Internationale. Referent: Genosse Hahn.

Kartelldelegierte! Donnerstag, den 9. September 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal, Kartellvereinbarung, Tagesordnung: Berichte des Ausschusses und der Statutenberatungskommission. Kartellausschub: 6 Uhr im Volkshaus.

Vom Steuerzahlen der Besitzlosen und der Besitzenden.

Die Arbeiter wollen sich den Abzug der Steuer vom Lohne nicht gefallen lassen. In verschiedenen Orten haben sie gestreikt, um dieses Ausnahmegericht zu Fall zu bringen. Wir haben aber eine energische Regierung. Sie erklärt, sie sei entschlossen, jedem Versuch zu geschwindiger Abkehrung des Steuerabzuges mit allen Kräften entgegenzutreten. Wenn es sich um Arbeiter handelt, ist die Regierung immer schneidig. Die Besitzenden können machen, was sie wollen. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Zahlung von Steuern.

Es ist wiederholt gesagt worden, die Lohn- und Gehaltsempfänger müßten für die Reichen die Steuern entrichten. Und das ist wahr — das ist keine Redensart. Die Besitzenden drücken sich vor dem Steuerzahlen. Sie überlassen das den Armen und sind erpönt darüber, daß diesen gegenüber die Reichsregierung „fest“ bleibt.

Es ist gesagt worden, daß die Besitzlosen herablassend einbringen. Als sie geschaffen wurden, prante man mit Reichsziffern. Eitel Lug und Trug war es. Die Massen wurden irreführend von bürgerlichen Parlamentariern, mus. Die Vertreter der Besitzenden haben gewünscht, die Gesetze so zu gestalten, daß sie mit ihnen machen können, was sie wollen. Und die Besitzenden genießen sich durchaus nicht trotz der riesigen Schulden des Reichs.

Besonders ist den Großgrundbesitzern und Großbauern Gelegenheit verschafft, durch die Maßnahmen der Steuer-gesetze hindurchzuschlüpfen. Und sie tun das mit Vorliebe. Sie haben nie die richtigen Steuern gezahlt. Müllner hat der Kutscher des Barons mehr Einkommensteuer entrichtet als „sein Herr“. Dem der Kutscher hatte nachweisbares Einkommen. Das Gut des Barons brachte aber angeblich nichts ein. Das ist kein Witz. Das sind Tatsachen.

Man glaube nicht, daß sich in der Republik die Steuerfragen des Großgrundbesitzers gelegt hat. Schwachel Die Herrschaften sollen jetzt das Reichsnotopfer, Einkommen- und Vermögenssteuer bezahlen.

Der Steuerfiskus hält es für selbstverständlich, daß dem Arbeiter das Einkommen besteuert wird, das er im Jahre 1920 zu verzeichnen hat. Das ist hart, sehr hart. Herr Ebert hat kürzlich davon gesprochen, daß das Einkommen von 1919 zur Grundlage genommen würde. Es wurde aber sofort erklärt, daß sei die private Meinung des Reichspräsidenten. Herr Ebert kann wohl den Belagerungsstand über Deutschland verhängen, aber in Steuerangelegenheiten hat er nichts zu sagen. Und es ist noch sehr fraglich, ob der Steuerfiskus oder die Regierung oder die bürgerliche Reichstagsmehrheit den Arbeitern im Sinne des Herrn Ebert entgegenkommt.

Zählt nun etwa auch der Großgrundbesitzer die Steuern auf Grund seines Einkommens vom Jahre 1920 oder vom Jahre 1919? Ausgeschlossen! Gibt's ja gar nicht! Dem hat die Reichsabgabewordnung schon vorgebaut. Denn nach ihr wird der Ertragswert bei land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken der Besteuerung zugrunde gelegt, der bei ordnungsgemäßer und gemeinüblicher Bewirtschaftung, unter gewöhnlichen Verhältnissen, im Durchschnitt und nachhaltig erzielt wird.

Sieht man, welche Tore sich die Großgrundbesitzer offen gehalten haben? Sie argumentieren jetzt, daß die unter den außergewöhnlichen Verhältnissen während des Krieges und der Revolutionszeit erzielten Reinerträge für die Ermittlung des steuerlichen Ertragswertes ausreichen sollten. Sie gehen zurück in die — Weltkriegszeit und sagen, es sei auszugehen von dem — im Jahre 1913 — beim Wehrbeitrag festgestellten Ertragswert!

Das heißt also, der Landwirt will nur die Einkommen versteuern, die er vor dem Kriege gehabt hat. Jetzt hat er zwar häufig höhere Einnahmen. Tut nichts! Die sind in — „unter außergewöhnlichen Verhältnissen“ — erreicht worden.

So wird es gemacht! Dem Arbeiter wird der jetzige Verdienst besteuert. Der Landwirt kann sich vor dem Steuerzahlen drücken. Denn wenn der Ertragswert von 1913 der Berechnung zugrunde gelegt wird, zahlt er lächerlich geringe Steuerbeiträge.

Wird man damit einverstanden sein? Was sagt dazu die „energische“ Regierung? Billigt sie das?

Das Kapitel zelt auch, wie feinerzeit die Rechtssozialisten bei der Beratung der Steuergesetze von den Vertretern der Besitzenden übers Ohr gehauen worden sind. Ober durchschauten sie deren Treiben schon damals? Dann ist es doppelt verwerflich, daß sie den Steuergesetzen und besonders dem Steuerabzug zugestimmt haben.

Die gemeinwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch.

Vom Zentralverband der Fleischer Deutschlands, Ortsverwaltung Leipzig, werden wir ersucht, nachstehende Resolution bekanntzugeben: Die am 5. September 1920 in Chemnitz versammelten Vertreter der Betriebsräte des Zentralverbandes der Fleischer im Gau Sachsen erklären, daß sie die Befreiung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft begrüßen, da sie sich als produktionshemmend erweist. Sie richten aber die Forderungen an die Behörden, nicht zu bewilligen, daß die Fleischversorgung der Bevölkerung durch die Fleischererzeugnisse und profitungrigen Unternehmern überlassen wird. Sie fordern daher die gemeinwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, unter Beachtung der Gebote höchster Wirtschaftlichkeit. Die Betriebsräte und die Organisation haben die Pflicht, in diesem Sinne sich zu betätigen und ihren Einfluß auf die Behörden und andere maßgebenden Stellen auszuüben.

Eisenbahnfahrkartenausgabestelle beim Verkehrsverein.

Die Fahrkartenausgabestelle beim Verkehrsverein (Raschmarkt, Handelshof) hat eine wesentliche Erweiterung erfahren. Seit dem 1. September werden dort auch zusammenstellbare Fahrkartenausgaben innerhalb Deutschlands und im Zusammenhang hiermit nach den Grenzländern ausgegeben. Außerdem sind nunmehr bei der Fahrkartenausgabestelle des Verkehrsvereins auch direkt Fahrkarten nach den Hauptstädten der Grenzländer, zunächst nach den ehemals neutralen Staaten: Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz zu haben. In kurzer Zeit wird

auch der Durchgangsverkehr nach Österreich, den neu geschlossenen Grenzgebieten, sowie nach den ehemals feindlichen Staaten Frankreich, Belgien und England wieder aufgenommen. Für die zusammenstellbaren Fahrkartenausgaben ist der Fahrkartenausgabestelle (M. E. R. IV) beim Verkehrsverein das Alleinrecht übertragen worden, so daß diese außer auf dem Hauptbahnhof nur beim Verkehrsverein zu haben sind. Die Fahrkarte werden nach Möglichkeit sofort zusammengestellt, nur beim Schalterabdruck oder falls ganz besondere Feststellungen notwendig sind, wird für die Zusammenstellung eine Zeit von einigen Stunden erforderlich sein. Telefonische Bestellungen auf zusammenstellbare Fahrkartenausgaben können jedoch grundsätzlich nicht angenommen werden, sie sind auch nicht zulässig, da hierbei sehr leicht Mißverständnisse vorzukommen können. Auch der Bestand der aufgegebenen gedruckten Fahrkarten ist wesentlich vermehrt worden, so daß nunmehr nach allen Hauptstädten Deutschlands solche auflegen, deren Ausgabe sofort erfolgen kann. Die Benutzung der Fahrkartenausgabestelle des Verkehrsvereins sei wegen der zentralen Lage der Diensträume in der Mitte der Stadt, am Raschmarkt, und weiterer Bequemlichkeiten für das reisende Publikum immer wieder empfohlen. Es sei nochmals erwähnt, daß die Fahrkarten mit dem Datum des Freitages abgestempelt werden und von diesem Tage an noch eine vierstägige Gültigkeit haben. Auch können Rückfahrkarten sofort mit entnommen werden, falls die Rückreise innerhalb vier Tagen erfolgt. Das kostenlos und erschöpfend auch alle Reiseauskünfte erteilt werden, insbesondere auch über Zugangsklasse usw., sei nur nebenbei bemerkt.

Saxermäßigung der Leipziger Kraftdroschken.

Die Leipziger Kraftdroschkenbesitzer haben am 6. September beschlossen, beim Volkseigentum der Stadt die Ermäßigung der Taxe von der zehnfachen auf die siebenfache zu beantragen. Die Ermäßigung soll am 15. September in Kraft treten. Bei der jetzigen Taxe sind die Kraftdroschkenbesitzer offenbar nicht auf ihre Rechnung gekommen, weil sie zu hoch war. Solche Fahrpreise, wie jetzt verlangt werden, können nur wenige Fahrgäste bezahlen, daher bleiben die Autos meist unbenuzt. Die Erhöhung der Fahrpreise vermag nur bis zu einem gewissen Grade die geringeren Betriebskosten zu decken, werden die Fahrpreise zuviel gekürzt, dann hat diese Steigerung eine Verminderung der Einnahmen zur Folge, wie das ja auch bei der Elektrischen Straßenbahn zu beobachten ist. Der Verein der Kraftdroschkenbesitzer schreibt zu der Taxermäßigung:

Von unserem Leipziger Publikum sind uns wegen der zehn-fachen Taxe ganz unerschütterte Vorwürfe gemacht worden. Viele beklagen sogar den traurigen Müt, uns Wucher und dergleichen vorzuwerfen. Diese Herrschaften vergessen natürlich ganz und gar, daß die hohe Taxe eine Folge der Preissteigerungen für unsere Betriebsmaterialien war. Von unserer Behörde, die ja bekanntlich eine Taxänderung erst genehmigen muß, ehe sie in Kraft treten kann, ist uns wahrlich niemals die Erhöhung der Taxe leicht gemacht worden. Trotz überzeugender Beweise durch Rechnungen und sonstige Belege konnten wir nie rechtzeitig notwendige Erhöhung der Taxe durchsetzen. Lange Zeit haben wir Fahrten viel zu billig ausgeführt. Auch heute ist in Anbetracht der überaus hohen Preise — Gummi kostet noch das Zwanzigfache, das Benzin das Fünfundzwanzig-fache und Öl sogar das Dreißig- und Fünfunddreißigfache des Friedenspreises — die Taxe noch nicht zu hoch. Die Ermäßigung auf die siebenfache Taxe ist ein Versuch. Wir hoffen, daß sich der ermäßigte Kilometerpreis durch erhöhte Benutzung unserer Kraftdroschken seitens des Leipziger Publikums ausgleicht. Die niedrige Taxe läßt sich leider aber nur dann halten, wenn uns nicht nur teures ausländisches Benzin, sondern auch billiges Inlandsbenzol freigegeben wird. An unsere Fahrgäste richten wir die dringende Bitte, den von den Wagenführern geforderten Fahrpreis mit dem des Fahrpreisanzeigers zu vergleichen. Sollten irgendwelche Differenzen entstehen, so eruchen wir, dieselben dem Verein Leipziger Kraftdroschkenbesitzer — Vereinslokal Café Teubein, Leipzig, Hainstraße — mitzuteilen. Unbedingt erforderlich ist aber, daß die Nummer der betreffenden Kraftdroschke dabei mit angegeben wird, damit eventuell gegen den betreffenden Führer eingeschritten werden kann.

Neue Aus- und Einfuhrbewilligungsformulare. Vom Presse-büro der Handelskammer Leipzig wird uns geschrieben: Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat angeordnet, daß vom 15. September d. J. an neue Bewilligungs-urkunden verwendet werden. Bei der Antragstellung sind wie bisher je ein Antrags- und ein Bewilligungsformular auszufüllen einzuliefern. Der Antragschein bleibt bei den Ämtern der Außen-handelsstelle, den Bewilligungsscheine erhält der Antragsteller nach Genehmigung zurück. Die Antragsformulare bleiben die alten. Jedoch fällt der Unterschied zwischen Einzel- und Sammelantrags-formularen in Zukunft weg. Die vom 15. September an un-gültigen bisherigen Bewilligungsscheine können in Zukunft als Antragsformulare aufgebraucht werden, doch ist es erwünscht, daß die Firmen die über ihr „Ausfuhrbewilligung“ in „Aus-fuhrantrag“ umändern.

Billige Schuhreparaturen und Selbstbesohlen. Die Leipziger Schuhmacherinnung wendet sich in einer Presse-notiz gegen die „billigen“ Schuhreparaturen, die nach ihrer Ansicht in keinem Verhältnis zu den Ta-espriessen des guten Sohlenleders stehen. Das Material dieser billigen Schuhreparaturen müsse schlecht sein. Ebenso sei es mit dem Material zur Selbstbesohlung. In dem Schreiben heißt es: „Jeder Schuhmacher weiß, daß bei der Beurteilung des Leders nicht nur die Bezeichnung, „Rein und Abfall“ maßgebend ist, sondern auch die Art der Gerbung mit-spricht, so daß ein Stück Kernleder, in Schnellgerbung mit geringem Gehalt an Fett hergestellt, geringere Tragdauer haben kann, als ein Stück Abfallleder, nach der alten soliden, Monate erfor-dernden Eichenoh-Grubengerbung bearbeitet. Diese Unterschiede zu beurteilen ist nur dem Fachmann möglich. Jeder Verkäufliche wird auch einsehen, daß die meiste Zeit und Arbeit und Gehilfen, so-wie die Fertigkeit des Schuhmachers nicht im Sa-umtreden liegt, sondern im und daß die dabei vorzunehmenden Re-ur-in dem Schuwerk des Kunden zugute kommen.“ Das ist alles ganz richtig, aber die Not der Bevölkerung ist so groß, daß viele Familienväter schon froh sind, wenn sie den Schuud von Erzie-her kaufen können. Ob bei den Selbstreparaturen das Schuh-wert leidet, kann so ein geplagter Familienvater mit über-haupt nicht berücksichtigen, weil die augenblickliche Not keine ver-nünftige Rücksicht im Haushalt zuläßt.

Frankische Abnahmekommission in Leipzig. Wie die Blätter melden, wird Ende der Woche in Leipzig eine französische Abnahme-kommission eintreffen, um die vom Freistaat Sachsen noch an Frank-reich zu liefernden 1700 Pferde abzunehmen.

Zum Abbau der Notstandsordnung im Buchhandel. Die Haupt-verammlung des sächsischen Buchhändler-Verbandes hat kürzlich auf seiner Tagung in Döbeln Stellung zu dem Vorgehen des Börsen-vereins-Vorstandes betreffend Abbau der Notstandsordnung im Buchhandel genommen und in seiner Entscheidung zum Ausdruck gebracht, daß das Sortiment auf einen Abbau der Notstandsordnung durch einen vom Verlag zu gewährenden Mindestabzug von un-gleichmäßig 35 Prozent nur dann eingehen könne, wenn gleichzeitig eine Ausbuchhandels- und Wiedererkauf-Ordnung beschlossen und die rüchschlechte Durchführung vom Vorstande garantiert würde. Ferner solle der Ladenpreis mit einem Teuerungszuschlag vom Verleger in allen Ankündigungen zusammen als einheitliche Zahl angegeben und der Verleger-Teuerungszuschlag nicht in Prozenten ausgedrückt werden.

Beispielnachricht wurden von der Wohlfahrts-polizei in den letzten Wochen u. a. an Schleichhandels- und Schieberwaren: 5928 Kilogramm Mehl, 1705 Kilogramm Fleisch, 252 Kilogramm

Wurst- und Käsewaren, 25 Kilogramm Butter, 395 Kilogramm Margarine, 31 Fässer Schmalz, 3 Kilogramm Tafe, 1275 Kilo-gramm Getreide, 141 Kilogramm Zucker, 360 Kilogramm Brot, 4032 Stück Semmeln, 451 Zentner Frühkartoffeln, 9 Kilogramm Getreide, 25 213 Kilogr. Schokolade, 727 Kilogr. Kaffee, 4100 Pralinen 105 Kilogr. Kartoffelstärke, 40 Zentner Zuderhonig, 10 Kilogr. Zinsen, 32 Zentner Birnen, 73 Kilogramm Tee, 61 Kilogramm Kaffee (darunter 60 Kilogramm Kaffeeschlingen), 17 Waggons Del, 168 Kilogramm Anis, 900 Kilogramm Roggenschrot, 12685 Mt. Nidelgeld, 40 108 Stück unverst. Zigaretten, 25 Ztr. Zirketts, 10 Fässchen Brantwein, 120 Meter Stoffe, 7 Behälter und 33 Gl. mit nicht Verkauf. Gisten, 1 Seilengewehr, 1 Revolver m. Patronen, 5 Kisten mit chir. Instrumenten, 25 Päckchen Süßstoff, 63 Stück Brotmarken, 98 Stück Semmelmarken, 280 Stück Zuder-karten, 4 Pakete Scherartikel, sowie ein größerer Posten Hut-schweißleder und 3 Kisten mit Heeresgut. Die Waren sind, soweit zugänglich, den zuständigen Stellen zur allgemeinen Verwertung zugewiesen worden.

Briefmarken, die auf Postkarten, aber nicht auf Briefen gelten, Briefmarken, die auf Postkarten gelten, nicht aber auf Briefen, Druckfahen usw., wird es vom 1. September an geben. Die Post hat bekanntlich die Marken zu 2, 2½, 3 und 7½ Pfg. vom 1. Sept. an für ungültig erklärt. Man hatte aber nicht bedacht, daß die Post sowohl wie einzelne Geschäftsleute noch Postkarten mit eingedrucktem Poststempel zu 7½ Pfg. besitzen, die man mit den für ungültig erklärten Marken ergänzen muß, wenn man die Karten nicht wertlos machen will. Es wurde deshalb angekündigt, daß Postkarten mit eingedruckten Marken zu 7½ Pfg. usw. mit Ergänzungsmarkten der für ungültig erklärten Werte auch nach dem 31. August unbeanstandet befördert werden. Auch die Post-anstalten sind jedoch in diesem Sinne angewiesen worden. Ja sogar die Besitzer von Postkarten zu 7½ Pfg. usw. erhalten die für ungültig erklärten Wertzeichen noch nach dem September, um ihre Karten ergänzen zu können. Auf Briefe, Druckfahen, Ges-chaftspapiere usw. darf man diese Marken nicht kleben. Die Post-anstalten sind ferner sehr ebenfalls angewiesen worden, die in den Händen der Verbraucher noch befindlichen Wertzeichen zu 2, 2½, 3 und 7½ Pfg. bis zum 15. September gegen gültige Postwert-zeichen umzutauschen.

133 Millionen Kursverlust der Angestelltenversicherung; 340 Millionen Einnahmen, 22 Millionen Leistungen. Einen Verlust von mehr als 133 Millionen hat die Angestellten-versicherung im vergangenen Jahr zu verbuchen. Der Ausfall ist ausschließlich auf Kursverlust zurückzuführen. Von der Erlaubnis, die Schuldbuchforderungen der Kriegsanleihen nach dem letzten Bilanzwert einzulösen, hat die Reichsversicherungsanstalt keinen Gebrauch gemacht. Von dem Vermögen sind fast 622 Millionen oder 69,5 Prozent in Reichs- und Staatsanleihen angelegt. Der Abschluß des Jahres schließt mit etwa 1008 Millionen ab. An Beiträgen wurden im Jahre über 285 Millionen eingenommen, an Zinsen über 54½ Millionen. Von den Ausgaben kamen auf Kursverlust 86 Millionen, während der Rest schon im Jahre vorher gebucht worden war. Das Heilversahren erforderte über 17 Millionen, die Verwaltungs- und andere Unkosten fast 11 Mil-lionen, andre Leistungen nicht ganz 5 Millionen. 22½ Millionen Leistungen stehen also jetzt Einnahmen und Zinsen in Höhe von mehr als 340 Millionen gegenüber.

Die Angestellten leben also, wo die Beiträge bleiben, die sie leisten müssen. Der Bankrott des Reichs bringt auch den Ver-sicherungen der Arbeiter und Angestellten schwere Verluste, weil der größte Teil des Vermögens in Reichs- und Staatsanleihen angelegt ist.

Grundstückverkäufe in Leipzig. Im August 1920 wurden in Leipzig 72 bebauete Grundstücke (Kaufsumme 8741787,75 Mt.) und 149 unbebaute Grundstücke (Kaufsumme 1400467,50 Mt.) verkauft.

Warnung vor unberechtigter Annahme von Teuerungszulagen. Eine Warnung vor unberechtigter Annahme von Kriegsteuern- und andern Bezügen aus der Staatskasse erlassen die Behörden. Nebenrechnungen in den persönlichen und Familienverhältnissen sind um Teil von Einfluß auf die Zahlung der Kriegsteuernbezugs- oder anderer Bezüge. Sie müssen unverzüglich und ohne Auffor-derung auf dem vorgeschriebenen Dienstwege angezeigt werden. Ent- stehen Zweifel, so ist bei der zuständigen Kasse, dem zuständigen Vorgesetzten oder der höheren Stelle anzufragen. Gewarnt wird auch in solchen Fällen vor einer vorzeitigen Herausgabe der er-haltene Summen. Zu Unrecht vereinbarte Summen sind in allen Fällen zurückzahlen und können den Empfängern nicht be-fallen werden. Es liegt deshalb im eigenen Interesse der Be-amten, daß sie bei Annahme der Gelder die nötige Prüfung recht-zeitig vornehmen.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 9. September.

- Für Haushaltungen. Ausgabe, Kaffee- und Kunstseife für Erwerbslose: Aus-gabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 601-1200, vormittags 9 bis 1 Uhr. Ausgabe der Spiritusmarken für September an Kinder-bemittelte und solche Personen, die den Spiritus zur Kranken- und Säuglingspflege brauchen, am Montag, dem 13. September. Zeit und Ort der Verteilung ist vom 13. September an bei der zuständigen Polizeiwache zu erfragen. Für Händler. Teigwaren und Haferflocken: Bezugseinentnahme. Auslandszucker: Bezugskarteneinentnahme.

Polizeinrichten.

Festnahme eines Duplikatbrief-Betrügers! Vor einigen Tagen wurde durch die hiesige Kriminalpolizei der 30jährige, zur Zeit wohnungslose Techniker D. V. von hier festgenommen. Der Inhaftierte hatte hier und auch in andern Orten in zahlreichen Fällen versucht, Privatpersonen dadurch zu betriegen, daß er diesen einen sehr begehrten Brief, nämlich Zuder, zentnerweise anbot und auch sofort zu liefern versprach. Er überreichte den leich-tgläubigen Bestellern Duplikatbriefe über den angeblich auf-gegebenen Zuder und versuchte damit zugleich den vereinbarten Kaufpreis zu kassieren. Dieses Manöver ist dem Schwindler auch in einem Falle geglückt, während andre Käufer rechtzeitig merkten, daß sie es mit einem Betrüger zu tun hatten. Die betreffen- den Frachtstücke enthielten nämlich nicht den ersehnten Zuder, sondern Steine und Kalk. Auf ähnliche Weise schädigte der fest-genommene einen Landwirt in der Dahnener Gegend, von dem er zu sein Angebot einen Auftrag erhielt eine elektrische Motor-anlage zu liefern und einzubauen. Daran lag dem gefährlichen Menschen natürlich nichts, sondern die Hauptsache war ihm die Erlangung eines ansehnlichen Vorkusses, den er sich auszahlen ließ. Seitdem hat der Geprüelte nichts wieder von dem Manne gehört. Da anzunehmen ist, daß der Festgenommene, der in-wieweit der hiesigen Staatsanwaltschaft anvertraut wurde, noch mehr derartige Betrügereien verübt hat, wollen sich weitere Ge-schädigte baldmöglichst bei der Kriminalabteilung melden.

Mächtliche Jagd auf Einbrecher. Am 3. September, früh gegen 1/3 Uhr, hörten zwei in der Poststraße wohnende der Stein- und Kantstraße auf Kunde befindliche Säugelente im nahen Walde ver-dächtige Schritte und bemerkten nach einiger Zeit trotz der Dunkel-heit eine im Walde stehende Person. Einer der Beamten sprang gleich auf diese zu, worauf plötzlich verchiedene Gestalten nach allen Seiten hin auseinanderliefen. Da auf den Halbtur die Beamten keiner der Flüchtenden sehen blieb, gaben jene bei der Verfolgung auf die fliehenden Personen eine Anzahl Schüsse

ab, wodurch einer dieser, der leider infolge der Dunkelheit entkam, wie aus verschiedenen Umständen geschlossen werden kann, mäßigendweise am rechten Arm verletzt worden ist. Der anstehende Verletzte wird beschrieben als etwa 35 Jahre alt und 1,70 Meter groß, sehr kräftig gebaut, wohlgenährt, mit dunklem, hartem, gestümmtem Schnurrbart, Bekleidet war er mit dunklem Sommerüberzieher, Umlegekragen und weichem Filzhut. Der Beschriebene hat auf der Brust einen grünen verschönten, mehrfach mit schwarzem und grauem Garn gestopften Aufschlag mit Lederriemen von sich geworfen. Wie später festgestellt worden ist, hatten die Entbrecher eine in der Kantstraße gelegene Autogarage erbrochen. Die Diebesbeute wurde bei Tagesanbruch im Walde aufgefunden. Verzte werden arbeiten, diesem Vorfall besondere Aufmerksamkeit zu widmen, denn es ist anzunehmen, daß der anscheinend Verletzte ärztliche Hilfe hat in Anspruch nehmen müssen. Wer in dieser Beziehung oder sonstige Angaben zur Sache machen kann, wolle dies sofort bei der Kriminal-Abteilung tun, wo auch der Aufschlag befragt werden kann. Dieser enthält außer drei Strichen einen fast neuen, 105 cm langen Lederriemen.

Auf dem Weichplatz ist ein 17-jähr. Mädchen am 4. September infolge zu heftigen Bremsens aus der Gondel einer Lustbahn herausgeworfen. Die Verunfallte wurde mit einem schweren Schädelbruch aufgefunden und nach der Wohnung ihrer Eltern gebracht. Der Schädelfraktur wird sich zu verantworten haben. — Ferner ist in einem Wohnraum daselbst eine 25-jähr. Arbeiterin von einem ausfallenden Pferd im Gesicht schwer verletzt worden. In der Mehlantischstraße wurde eine Zerreißung der Nase und der Oberlippe festgestellt und die Verletzte von dort mit einer Droschke nach ihrer Wohnung gebracht. Ob fremdes Verschulden vorliegt, werden die eingehenden Erörterungen ergeben.

Schwere Verletzung eines rabiaten Betrunkenen! Ein betrunkener Schmied hat am Nachmittage des 5. September eine der Glascheiben in der Eingangstür des Gebäudes der Bezirksfeuerwache in der Seeburgstraße böswillig mit der rechten Faust eingeschlagen und sich dabei die Pulsader zerschneiden. Er mußte mit einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Blühlicher Tod. Am 4. September, abends gegen 10 Uhr, ist in der Ecke der Gerbers- und Bachhofstraße ein Weichkremder, ein Goldwarenhandler aus Frankfurt a. M., vom Herzschlag betroffen worden und an Ort und Stelle gestorben. Der Leichnam wurde antiseptisch in behördliche Obhut genommen.

Strassenunfälle. Am 8. dieses Monats, vormittags 7/8 Uhr, ist auf der Kreuzung der Tal- und Döhlstraße ein Kleiner beim Überfahren der Straße durch einen Kraftwagen überfahren und dabei schwer verletzt worden. Zur selben Zeit sind an derselben Stelle zwei Radfahrer zusammengefahren, von denen einer bei dem Sturz von seinem Rade schwere innere Verletzungen erlitten hat, während der andere, obwohl er ebenfalls verletzt war, mit heller Haut davontam. Der überfahrene Kleiner und der verletzte Radfahrer fanden Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob.

Außerordentliche Generalversammlung des Kreisvereins der U. S. B. Groß-Weipzig.

Am Dienstag wurde die Generalversammlung vom Sonntag abgehalten. Anwesend waren 71 Delegierte, es fehlten 35.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bestritt Gen. Liebera sich in längeren Ausführungen die Behauptungen, mit denen Genosse Liebera in der Generalversammlung am Sonntag die Angriffe Liebera auf die Parteileitung im A. und S.-Raum zurückzuführen wollte. Genosse Liebera versuchte mit Verlesen von Telegrammen und Bekanntmachungen der damaligen Regierung zu beweisen, daß er nicht gestaltet habe, daß die Unternehmern über den Achtstundentag hinaus noch Überstunden arbeiten lassen, auch die weitere Herstellung von Munition habe er nicht gestattet. Demgegenüber erklärte Genosse Liebera, er habe die gleichen Beweise gegen Liebera schon vor anderthalb Jahr in einer großen Versammlung der Leipziger Gewerkschaftsjunktionäre erhoben, ohne daß Liebera damals die Beweise hätte entkräften können. Liebera erklärte weiter, er halte die Behauptungen aufrecht, Liebera habe ja heute selbst zugegeben, daß er entgegen dem Beschluß des A. und S.-Rates den Unternehmern erlaube, noch 14 Tage Munition herzustellen.

Darauf referierte Genosse Liebera über die Aufgaben der Landesversammlung. Auf Vorschlag des Genossen Scheib wurde bei diesem Gegenstand der Tagesordnung die Aufstellung der Kandidaten zur Volkskammer mit behandelt. Genosse Lipinski erläuterte die Bestimmungen des neuen Wahlrechts und betonte mit Nachdruck, daß es darauf ankomme, eine arbeitsfähige Volkskammerfraktion zustandzubringen. Lipinski sprach im Namen der Parteileitung vor, die von den Bezirken vorgelegenen und von der Parteileitung in der Reihenfolge rangierten Kandidaten durch Annahme der vorgelegten Liste aufzustellen; gleichzeitig beantragte die Parteileitung, die Kandidaten zur Unterschrift folgender Erklärung zu verpflichten:

„Die Kandidaten zum Landtag verpflichten sich, jederzeit auf Verlangen der Parteiparteiorganisation der U. S. B. Leipzigs das Mandat der Parteiorganisation zurückzugeben.“

Genosse Liebera sprach gegen den Vorschlag der Parteileitung, die Liste der Kandidaten insgesamt anzunehmen. Er wandte sich auch gegen die Erklärung für die Kandidaten, die er dahin abgeändert wissen wollte, daß die Generalversammlung das Recht haben solle, die Abgeordneten zurückzurufen. Liebera beantragte, die Aufstellung der Kandidaten in der Weise vorzunehmen, daß die Kandidaten in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen auf die Liste gestellt werden. Genosse Elrod sprach im gleichen Sinne wie Liebera.

Genosse Burke sagte, in der Parteileitung sei die Reihenfolge der Kandidaten nach ihrer Stellung zu den Bedingungen der 3. Internationale erfolgt. Der Redner sprach für den Antrag Liebera.

Genosse Lipinski widersprach der Darstellung Burkes, die Parteileitung habe sich bei der Aufstellung der Liste nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. Er wies darauf hin, daß die Liste der Kandidaten schon einmal in einer Generalversammlung beschlossen worden ist. Bei einer Abstimmung, wie sie von Liebera gefordert werde, bestiehe die Gefahr, daß die meisten Stimmen erhalten, die am wenigsten in der Öffentlichkeit hervortreten; dies liege nicht im Interesse einer arbeitsfähigen Volkskammerfraktion.

Genossin Thiele wünschte im Interesse der Frauenagitation, die Frauen sollten sowohl bei den Kandidaten zur Volkskammer als auch bei der Wahl der Delegierten zur Landesversammlung besser berücksichtigt werden.

Genosse Liebera nannte, halten Sonderkonferenzen ab, bei denen sie offenbar auch ihre Vorgehen in der Generalversammlung vereinbart haben. Die Generalversammlung dürfe die Reihenfolge der Kandidaten nicht einer Zufallsabstimmung überlassen, sonst könnte keine arbeitsfähige Fraktion zustande kommen. Er empfehle, wenn die Liste nicht insgesamt angenommen werde, über jeden Kandidaten der Reihenfolge nach besonders abzustimmen.

Genosse Weiskopf erklärte, daß von einer Gruppe der Delegierten im Saale die Listen der Kandidaten zusammengestrichen und zur Nachzeichnung als Muster von Tisch zu Tisch gereicht werden.

Genosse Baumann erklärte, er habe gesehen, wie an den Tischen der sogenannten Opposition die Listen zusammengestrichen und dann an andere Tische gereicht worden sind.

Bei der Abstimmung wurde mit 345 gegen 299 Stimmen beschlossen, über die Kandidatenliste nach dem Vorschlag der Parteileitung insgesamt abzustimmen. (Anmerkung des Schriftführers: Unter den 299 Stimmen befinden sich eine größere Anzahl Stimmen von Delegierten, die über jeden einzelnen Kandidaten be-

sonders abgestimmt wissen wollten.) Darauf wurde die Kandidatenliste gegen eine Minderheit angenommen. Die von der Parteileitung vorgeschlagene Erklärung für die Kandidaten wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag des Bezirks, die Frage der indirekten Steuern ist auf der Landesversammlung besonders zu behandeln. Vorigen. Der Antrag von Köllau, die Landesversammlung soll Richtlinien über die Kommunalpolitik betreffs indirekter Steuern festlegen, wurde vom Genossen Kaiser begründet und dann angenommen.

Der Antrag von Großdeuben: „Die Landesversammlung soll die Frage des Steuerabzugs behandeln, die Parteileitung soll sich rechtfertigen wegen der leichtfertigen Behandlung dieser ersten Frage,“ wurde nach längerer Aussprache, in der Genosse Bahn für und Genosse Lipinski dagegen sprachen, abgelehnt.

Zu einer längeren Aussprache führte auch der Antrag Leusch: Der § 10, Abs. 3 ist zu streichen, dafür folgender neuer Paragraph in die Organisationsfassung des Bezirksverbandes Leipzig einzufügen: „Die Anstellung von Vertrauenspersonen im Zeitungsbetriebe, der Bezirks- und Bildungssekretäre ist auszuschreiben und von einer in der Generalversammlung zu wählenden Anstellungskommission zu prüfen. Endgültig beschließt die Generalversammlung. Letztere beschließt auch über Entlassungen.“

Nachdem die Worte: „Anstellung von Vertrauenspersonen im Zeitungsbetriebe“ zurückgezogen waren, erledigte sich der ganze Antrag durch den Beschluß der Generalversammlung, die Anstellung des Genossen Wildels als Bezirkssekretär für den Bezirk Leipzig zuzustimmen. Dieser Beschluß wurde gegen eine geringe Anzahl von Stimmen gefaßt.

Zu dem Versammlungsbericht von der Sonntagversammlung überreichte der Genosse Nagel dem Bureau folgende Erklärung: Die Ausführungen, die ich am Sonntag zur Frage der Internationalen gemacht habe, sind in dem Bericht in der Zeitung nicht richtig wiedergegeben. Mir sind Ausführungen unterzogen worden, die ich nicht gemacht habe. Es ist auch nicht richtig, daß meine Ausführungen niemand mehr zugehört hat. Die Opposition war mit meinen Ausführungen einverstanden. Gegen eine derartige Berichterstattung lege ich härtesten Protest ein.

Somit Unrichtigkeiten in dem Bericht über die Rede des Genossen Nagel enthalten sind, trifft die Schuld dem plötzlichen Erkranken des Berichterstatters. Es ist aber durchaus richtig, daß Nagels Ausführungen in den Privatgesprächen der Delegierten völlig untergegangen, so daß sie selbst am Bureau nicht verstanden werden konnten.

Der Schriftführer. Als Kandidaten zur Volkskammerwahl wurden aufgestellt: Lipinski, Liebera, Dennhardt, Tunger, Müller, Krähner, Reber, Frau Hennig, Dornburg, Scheib, Schilling, Elrod, Wöhle, Dietrich, v. d. A., Diege, Bruchardt, Krug, Weber, Frau Wollste, Kühn, Pfeiffer, Gerhardt, Kroneberg, Wuttke, Hofmann, Jäpfel, Pfeiffer, Kerschmar, Krone, Wiener, Vorkmann, Kreißel, Dieg, Weiskopf, Dornheim, Schöller, Reich.

Auf der Liste wird nach jedem dritten Kandidaten ein Wahlfreiworschlag der übrigen Kreise des Leipziger Bezirks eingeschoben.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Zur Vermittelfreiheit.

Im Artikel 145 der Reichsverfassung ist bestimmt, daß in der Volksschule die Lernmittel unentgeltlich zu liefern sind, jedoch wird vorsichtigerweise nicht gesagt, wer die Mittel dafür aufzubringen hat. Die Folge ist, daß sich alle in Veracht kommenden Stellen, die Länder wie die Gemeinden, von der Durchführung dieser einer alten sozialdemokratischen Forderung entsprechenden Maßregel mit der Begründung zu drücken versuchen, daß die nötigen Mittel nicht vorhanden seien. Während auf der einen Seite Milliarden für Reichswehr und dergleichen hinausgeworfen werden, während Großkapitalisten und Schieber einen ungeheuren Luxus treiben, fehlt auf der andern Seite das Geld, um diese selbstverständliche Pflicht zu erfüllen. Der Staat, der durch Gesetz die Kinder zum Schulbesuch zwingt, hat auch die dadurch entstehenden Unkosten zu tragen. Unsere Forderungen gehen ja weiter, denn nicht nur der Unterricht, sondern die ganze Erziehung und Unterhaltung des heranwachsenden Geschlechts ist nach unserem Programm Sache der Allgemeinheit.

Die vorliegenden Zeilen sollen sich indes nur mit der durch Reichsgesetz vorgeschriebenen Lernmittelfreiheit beschäftigen. Es kann nicht gewartet werden, bis entschieden wird, wer die Lasten zu tragen hat, sondern die Gemeindevorstände als Träger der Volksschule haben hier unzerzähllich ihre Pflicht zu erfüllen und vom Staat die Rückzahlung der erforderlichen Mittel beim Steueransatz zu fordern.

Zu den Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der Lernmittelfreiheit entgegenstellen, gesellen sich neben der Beschaffung der Geldmittel aber auch noch andere, die von noch größerer Bedeutung sind. Es ist dies die Frage der Neuherausgabe von Lesebüchern und der möglichststen Vereinfachung aller Lese- und Schreibbücher und sonstigen Artikel. Daß die jetzigen Lesebücher mit ihrem konfessionell-religiösen und monarchistisch-patriarchalen Inhalt nicht mehr zeitgemäß sind und so bald als möglich durch andere ersetzt werden müssen, steht wohl außer Frage. Auch der Mangel an, daß sie jetzt jede Gemeinde Lesebücher nach eigenem Gutdünken einführt, ist unhaltbar. Bei den jetzigen enormen Preisen kann es der Minderbemittelte einfach nicht ausführen, bei einem Wohnungswechsel für seine Kinder jedesmal neue Bücher anzuschaffen. Bei der unentgeltlichen Lieferung der Lernmittel ist es aber unrationell, diesen anarchischen Zustand beizubehalten. Die Kinder müssen bei einem jeden Wechsel der Schule die gleichen Bedingungen, den gleichen Lernstoff vorfinden, soll nicht die Arbeit der Pädagogen unendlich erschwert werden. Was liegt da näher, als für ein größeres Gebiet, etwa für den Freistaat Sachsen, einheitliche Lehr- und Lesebücher herauszugeben? Höchstens der Unterschied der achtstufigen und der kleineren Volksschule könnte berücksichtigt werden, wobei die Hoffnung ausgesprochen werden soll, daß durch Gründung von Schulverbänden die kleineren Schulen bald verschwinden möchten. Es ist sehr zu bedauern, daß die Herausgabe eines neuen modernen Lehrbuchs noch nicht vorbereitet worden ist. Selbstverständlich können Lesebücher nur von Pädagogen bearbeitet werden. Wenn aber hier der Staat die Initiative nicht ergreift, müssen es die Gemeinden tun, oder es muß dies durch Zusammenschluß einer größeren Anzahl derselben erreicht werden.

Technisch wie bei den Lesebüchern liegen die Verhältnisse bei den Schreibheften, Zeichenblöcken usw. Fast jeder größere Ort hat seine eigene Anstalt. Das erfordert in jedem Falle größere Lagerbestände, als wenn Einheitlichkeit herrschte, wie dies beispielsweise im Regierungsbezirk Merseburg der Fall ist. Während die Vereinfachung der gedruckten Bücher langwierige Vorarbeiten erfordert, siehe sie sich bei den Schreibbüchern schon von nächsten Ostern an durchzuführen, wobei die etwa vorhandenen alten Exemplare als Tagebücher usw. aufgebraucht werden könnten.

Nun haben einige Gemeinden, z. B. Marktstädt schon seit vorigem Jahr, die Schreibbücher und sonstigen Lernmittel, mit Ausnahme der gedruckten Bücher, unentgeltlich geliefert; Großschöcher hat auch die Lesebücher für die unterste Klasse geliefert und will, darauf aufbauend, jedes Jahr weiterfahren. Alles in allem muß aber gesagt werden, daß ein wildes Durcheinander herrscht und daß man sich überall danach sehnt, daß hier durch ein einheitliches Vorgehen System in diese ganze Angelegenheit gebracht wird. Deshalb waren zu einer von privater Seite nach Leipzig eingeladenen Besprechung behufs Gründung einer Einkaufsgenossenschaft für Beschaffung der Lernmittel die Vertreter einer ganzen Anzahl Gemeinden des Leipziger Bezirks gefolgt, auch einige weiterliegende Orte, wie Burgen usw., waren vertreten. Festgestellt wurde, daß von den Fabrikanten und Händlern der direkte Bezug der Gemeinden durch die Fabriken zu ver-

stärken gesucht wird. Hierbei muß erwähnt werden, daß durch den Zwischenhandel die Schreibbücher und sonstigen Artikel bis zu 33 Prozent, ja oftmals bis zu 50 Prozent verteuert werden. Wenn man bedenkt, daß beispielsweise Marktschütz dieses Jahr für Lernmittel mindestens 50 000 Mk. aufzubringen hat, so kann man leicht berechnen, welchen finanziellen Vorteil der direkte Bezug mit sich bringt.

Die Notwendigkeit der Vereinfachung der Lernmittel wurde allseitig anerkannt und die anzuwendenden Lehrer gebeten, in ihren Organisationen die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und dieselben um Unterstützung und Mitarbeit zu bitten, was auch bereitwillig zugefugt wurde. Gewünscht wurde in der Besprechung weiter, daß der Bezirksverband Leipzig die Sache in die Hand nehmen möge. Derselbe sollte versuchen, die angrenzenden Bezirke auch zur Regelung mit heranzuziehen. In einer Zusammenkunft der Schulausschuhvertreter und einer weiteren der Gemeindevorsteher der U. S. B. in Leipzig zeigte man ebenfalls Interesse für die gemeinsame Regelung, und wurde dem Genossen Tunger Marktstädt aufgegeben, die einleitenden Schritte zu unternehmen und Vorschläge in der Leipziger Volkszeitung zu unterbreiten. Dies soll in einem zweiten Artikel gesehen und bitte ich alle Interessenten, sich mit der Frage ernsthaft zu befassen, das Vorgesagte zu prüfen und ihrer Ansicht Ausdruck zu geben, damit wir vorwärts kommen.

Tauscha. Erwerbslose. Trotz wiederholter Aufforderung hat sich in Tauscha ein großer Teil erwerbsloser Facharbeiter noch nicht bei seinem zuständigen Arbeitsnachweis in Leipzig gemeldet. In Anbetracht dessen, daß die meisten Tauschaer Facharbeiter auf Vermittlung in Leipzig angewiesen sind, ist es unbedingt erforderlich, daß dies sofort bei Eintritt der Erwerbslosigkeit geschieht. Denjenigen Facharbeitern, welche ihre Nummer vom Arbeitsnachweis in Leipzig nicht bis kommenden Freitag im Rathaus Tauscha — Zimmer 10 — angegeben haben, kann nicht eher Unterstützung gezahlt werden, bis sie ihrer Pflicht nach gekommen sind.

a. Waalsdorf. (Aus dem Gemeinderat.) Gegen das vom Ministerium wegen des Kohlenabbaues verfügte Bauverbot soll Einspruch erhoben werden in der Weise, daß das nach Leipzig, Engelsdorf und Holzhausen zu liegende Land für die Bebauung freigegeben wird. Die Feuerlösch- und Armenkassenrechnung für 1910 wird dem Finanzanschuß zur Prüfung überwiesen.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Herr Amtshauptmann im Dienste der Konterrevolution.

Mißbrauch der Disziplinargewalt. Nirgends hat die Revolution mehr Widerstand und die Reaktion stärkere Stützpunkte gefunden als in den Dienststuben der Amtshauptleute. Diese aus den konservativsten Schichten stammenden Verwaltungsbeamten sind ihrer seit Jahrzehnten unter dem alten Regime geübten Tradition, jedem Fortschritt hinderlich in den Weg zu treten, auch nach der Revolution treu geblieben. Die Möglichkeit dazu bot ihnen der Umstand, daß die Revolution und die auf ihr folgende Gesetzgebungsperiode insofern nur halbe Arbeit machte, daß sie wohl die allerbesten Bestimmungen dieser Gemeindeverfassung änderte, im übrigen aber die alte Gemeindeordnung bestehen ließ, die den konservativen Beamten in den müßigen Amtsstuben wenig von ihrer Machtbewußtsein nahm. Vorübergehend wurde der Tatendrang der von Anfang an mit der Konterrevolution sympathisierenden Elemente zwar durch die Tätigkeit der U. und S.-Räte eingekragt. Je mehr deren Befugnisse aber durch die neue Regierung und die Regierungsparteien, die aus Angst vor der eigenen Courage die Revolution an das Bürgertum verriet, beschnitten wurden, desto frecher erhob die Gegenrevolution ihr Haupt, und desto offener stellten sich die künftigen Bürokraten in ihren Diensten. Besonders der Leipziger Amtshauptmann v. Fink hat sich als offener Reaktionsführer erwiesen, soweit auch seinem Tatendrang durch die Wachsamkeit des bis vor kurzer Zeit bestehenden Arbeiterrats Schranken gesetzt wurden. Jetzt ist auch dieser letzte Selbstschutz der Bevölkerung unwirksam gemacht und Herr von Fink benutzte die Gelegenheit, die letzten Zweifel an seiner konterrevolutionären Gesinnung auszutilgen.

Bezeichnend ist folgendes Schreiben, das unserem Genossen Dennhardt, dem ehemaligen Vorsitzenden des Arbeiterrats der Amtshauptmannschaft, zugeht:

Leipzig, am 27. August 1920.
An Herrn Gemeindevorsteher Artur Dennhardt,
Großschöcher-Windorf.

Am 16. März ds. J. ist gegen Sie bei der Staatsanwaltschaft wie bei der Amtshauptmannschaft Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, Nötigung, Sachbeschädigung und Mißbrauchs der Amtsgewalt erstattet worden.

Die Amtshauptmannschaft hat geglaubt, das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten zu Ende gehen lassen zu sollen, ehe sie von Amts wegen gegen Sie als Gemeindevorsteher das Nötige verfügte.

Das Gerichtsverfahren ist nunmehr abgeschlossen, das Strafverfahren ist niedergeschlagen worden.

Die Niederschlagung des Strafverfahrens entbindet aber die Aufschußbehörde nicht von einer Nachprüfung, inwieweit Sie sich als Gemeindevorsteher eines Verhaltens schuldig gemacht haben, das ein Einschreiten aus Gründen der Disziplinaraufsicht notwendig macht. (§ 88 der Landgemeindeordnung.)

Nach den Akten der Staatsanwaltschaft Leipzig und insbesondere nach Ihren eigenen Angaben, die Sie vor der Staatsanwaltschaft gemacht haben, hat sich der in Frage stehende Vorgang wie folgt abgespielt:

Sie sind am 14. März d. J., abends, in Begleitung von 3 oder 4 Personen in die Wohnung des Direktors Wehweg vom Gaswerk in Großschöcher gekommen und haben im Interesse der Gemeinde die Herausgabe des dem Gaswerk gehörigen Kraftwagens verlangt. Als dies verweigert wurde, haben Sie — angeblich zu Ihrem eigenen Schutze — den Revolver gezogen, diesen entzündet, eine Patronen in den Lauf gelassen, sowie den Schuppen, in dem der Kraftwagen stand, gewalttätig öffnen lassen. Dies ist geschehen, der Kraftwagen, mit dem Sie Waffen zur Bekämpfung der Appretierung holen wollten, hat aber nicht in Betrieb gesetzt werden können.

Sie haben sich damit zweifellos des Vergehens des Hausfriedensbruchs, der Nötigung, sowie dem Mißbrauch der Amtsgewalt (123, 240, 339 R. St. G. B.) schuldig gemacht. Denn weder war es damals zufolge des Berliner Rapp-Pufsches im Interesse der öffentlichen Sicherheit für Großschöcher geboten, Waffen herbeizuschaffen, noch waren Sie als erster Gemeindevorsteher und Vertreter des Gemeindevorstandes in Polizeisachen berechtigt, zwecks Erlangung eines zum Transport der Waffen benötigten Kraftwagens in der geschlossenen Weise vorzugehen.

Der Rechtsbruch, den Ihre Handlungsweise in sich schließt, bedeutet eine schwere Verletzung der von Ihnen als Gemeindevorsteher übernommenen Pflichten und kann daher von Aufschuß wegen nicht übersehen werden, auch wenn strafrechtlich Ihr Verhalten ungeahndet bleibt.

Bei Beurteilung des ganzen Falles hat die Amtshauptmannschaft nicht unberücksichtigt gelassen, daß anfänglich des Rapp-Pufsches sich aller Teile der Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt hatte und daß wohl auch Ihnen diese Erregung die erforderliche nüchternen Erwägung der Sachlage unmöglich gemacht hat.

Die Amtshauptmannschaft hat sich deshalb damit begnügt, Sie von Dienstauslichtwegen wegen grober Verletzung Ihrer Pflichten als Gemeindevorsteher hiermit in eine Geldstrafe von 500 Mark zu nehmen, die Sie binnen 3 Wochen durch beigefügte Zahlkarte an die Kasse der Amtshauptmannschaft abführen wollen.

Der Konfirmandenschatz.

Von Rudolf Franz.

Jedes Jahr, wenn die Konfirmationen vorüber sind, machen alle Konfirmanden zusammen einen Ausflug, einen Spaziergang nach dem Hainparkhaus. Der Hinmarsch erfolgt getrennt, auf verschiedenen Wegen, indem die Mädchen den Höhen hinaufsehen, während die Jünglinge über die Steintreppe an der Weintrautseide vorbeiklettern. In die Aussicht teilen sich Pfarrer Schöpfer und Frühlingsprediger Schinddehnt.

Vor einigen Jahren gab es bei diesem Ausflug dank gewissen Elementen recht unliebliche Störungen.

Erst ging es ganz normal an. Vor Hotel Ritter sammelte man sich. Um zwei Uhr kamen sie von allen Seiten her: Gymnasialisten, Realschüler, Volksschüler, höhere Töchterchülerinnen und Volksschülerinnen. Dazu auch Anverwandte. Aber man glaube nicht etwa, es seien Anverwandte aller dieser Arten von Schülern zugegen gewesen. Vielmehr waren ein für allemal nur die Angehörigen der Gymnasialisten und Töchterchülerinnen gebeten, Offiziere, Professoren und so weiter. Die Offiziere kamen in Gala, die Damen in Schwarzeidenen. Und alle waren von dieser Ordnung der Dinge hochbefriedigt und sind es auch jetzt noch. Nur einmal gab es... Aber wir werden ja sehen.

Ruth von Borries, die Majorstochter, war damals mit Ilse Bartels sehr intim. Obwohl Ilse nur von einem Lokomotivführer abstammte, besuchte sie doch die höhere Töchterchule, da ihre Mutter ein kleines Vermögen geerbt hatte. Beide Mädchen waren so um die vierzehn. Ihre Seelen hatten vom Konfirmandenunterricht nicht viel profitiert. Ilse war nur zum Essen und zu Prügelzeiten mit der Strafschule zusammengekommen, und Ruth war verliebt. Er hieß Heinrich Brandau, und sein Vater war Knecht bei Bauunternehmer Weiskopf. Irigendwoher besah dieser Heinrich ein feines und zartes Gesicht, dafür freilich um so größere Manieren. In betreff dieses Heinrich nun schmiedete Ruth im Hainparkweg mit Ilse Bartels ein Komplott.

Beide Jünger kamen gleichzeitig auf der großen Wiese vor dem Hainparkhaus an. Hier erfolgte ein wichtiger Akt, indem Pfarrer Schöpfer die Paare zusammenstellte. Nur zwei oder drei gereifere Gymnasialisten mit Tanzstundenbefähigungen begaben sich auf eigene Faust zu einigen Töchterchülerinnen und baten um die Ehre. Mit den übrigen machte Pfarrer Schöpfer kurzen Prozeß. Er nahm je ein Mädchen an die eine und einen Jüngling an die andere Hand, sagte: Du nimmst den! oder: Du nimmst die! und gab sie zusammen.

Wer einen Konfirmandenschatz hat, geht in den Garten, wo die Tische gedeckt sind.

Rückhaltlose Anerkennung verdient die Sicherheit und Schnelligkeit, mit der Pfarrer Schöpfer bei der Auswahl verfuhr. Um so peinlicher berührte ein Zwischenfall. Selbstverständlich befamen ja die Töchterchülerinnen einen Gymnasialisten, die Volksschülerinnen aber, je nachdem sie bessere Bürgersöhne oder gewöhnlichen Volk waren, einen Realschüler oder nur einen Volksschüler. Der Ordnung halber sei auch erwähnt, daß von den Gymnasialisten und Töchterchülerinnen zuerst die Widrigen miteinander vereint wurden, hierauf die bürgerlichen Offizierskinder, sodann die Professorenkinder, und schließlich die übrigen. Ruth von Borries bekam den Schulbuben Max von Klenner, den Sohn des Bezirksoffiziers, Ilse Bartels kriegte den Gymnasialisten Karl Dörfer, Oberlehrersohn, während Heinrich Brandau beiseitegeschoben eine gewisse Kathinka Schwerdfeger bekommen sollte, ein Geschöpf von recht zweideutiger Herkunft, das obenrein in dem Rufe stand, Räufel zu haben.

Aber nun geschah das Unglaubliche. Ilse Bartels weigerte sich, den Oberlehrersohn als Konfirmandenschatz zu nehmen. Sie wollte Heinrich Brandau, den Sohn des Knechtes. Und Ilse schrie und lärmte so heftig, daß Pfarrer Schöpfer ihr den Willen tun mußte, um nicht die Würde des Tages zu gefährden. Gymnasialist Dörfer bekam eine andere Töchterchülerin, die sich verspätet einfand, und Kathinka Schwerdfeger blieb ohne Konfirmandenschatz, da man sie keinem andern zumuten konnte. Ruth von Borries war selb. Sie selbst hätte nie so etwas gewagt. Man setzte sich an die langen Tische, die mit Kleinfasskaffee und Bergen von Kuchen gefüllt waren. Und zwar gab es vier solcher Tische: einen für die Pastoren und Anverwandten, einen für die Gymnasialisten und Töchterchülerinnen, den dritten für Realschüler und Bürgersöhne, und endlich einen für die Volksschüler. Mit Befremden muß überlängs berichtet werden, daß dieses System der vier getrennten Tische bei einigen tüchtigen Mädchen aus der Volksschule Anstoß erregte. Diese Mädchen, Kinder ziemlich wohlhabender Leute, säßten sich durch die Absonderung beschämt und fingen an zu kenneken. Hier darf ich nun mit Wärme des Frühlingspredigers Schinddehnt gedenken, der sofort dazwischenfuhr. Es sei doch selbstverständlich, daß die Schulfreundinnen zusammenstehen müßten. Das wäre doch kein Grund zum Weinen. Obendrein an einem so feierlichen Tage.

Inzwischen hatten am zweiten Tische die Töchterchülerinnen und Gymnasialisten gegen den Knechtsohn Heinrich Brandau Einspruch erhoben. In der Tat sah Heinrich mit seinen großen und plumpen Händen nicht besonders vorteilhaft aus, obwohl er sich gleich gesetzt hatte, so daß man seine rindsledernen Nagelschuhe nicht sah. Die beiden Pfarrer und einige ältere Damen versuchten noch einmal, Ilse diesen Konfirmandenschatz zu rauben. Aber sie warf grob ein: „Vielleicht, weil er nicht fein genug ist, geht? Und weil er Kohlen frißt?“

Wirklich pflegte Heinrich Brandau im Auftrage seiner Mutter die von den Kohlenwagen herabgefallenen Stücke aufzulesen. Es waren in der Schule mehrfach Klagen darüber eingelaufen, und auch Frühlingsprediger Schinddehnt hatte Anlaß genommen, diese sittenlose Angewohnheit Heinrichs vor versammelter Konfirmandenschatz zu brandmarken.

Pfarrer Schöpfer hielt der vorlauten Ilse vor, sie hätte den ihr zuerkannten Konfirmandenschatz behalten müssen. Aber sie erklärte, der Dörfer habe E-Weine, sie wolle ihn nicht. Tante Pauline, die Schwester von Ilse Mutter, gab dem Mädchen heimlich einen Knuff, denn sie hielt sehr auf Anstand und Höflichkeit. Ilse, die von diesen Dingen wenig oder gar nichts hielt, schrie die Tante an, was das solle. Worauf Tante Pauline um des Anstandes willen erklären mußte, der Stoß sei aus Versehen erfolgt. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Zunächst sah jener adeliche Gymnasialist zwischen Ruth und Ilse, an die sich links der Knechtsohn anschloß. Man mußte eben langsam vorgehen. Der Gymnasialist fragte seine Dame, ob das andre gnädige Fräulein auch dem niederen Stande angehöre, was Ruth entschieden verneinte. Ilse sei ein sehr feines Fräulein, ihr Vater dürfe sogar, statt wie gewöhnliche Menschen in den Wagen, auf der Maschine fahren. Der Gymnasialist schien hierin keinen besondern Vorzug zu erblicken, aber Ruth war es, wie der ganzen zweiten Klasse, vollster Ernst mit ihrer Bewunderung, zu der Ilse ihre Mitschülerinnen in harten Faustkämpfen gezwungen hatte.

Obwohl der Sohn des Knechtes Brandau die Bemühungen, die jeinetwegen gemacht worden waren, keineswegs würdiate und gern an den vierten Tisch übergeschoben wäre, zwang ihn Ilse zum Bleiben. Schon nach der ersten Tasse Kaffee tauschte sie mit Ruth den Platz, die nun endlich neben ihrem Heinrich saß. Aber da

dessen linke Nachbarin ihm andauernd den Rücken wies, entschloß man sich gleich darauf zu einer abermaligen Aenderung. Ilse sagte also zu dem höflichen Gymnasialisten: „Sich dich mal auf die andre Seite.“ Er war getränkt, tauschte aber gehorham mit Heinrich Brandau, der nun endlich zwischen den beiden Freundinnen saß.

Die Erwachsenen am Nebentisch durchschauten allmählich das Komplott. Tante Pauline hatte nach dem ersten Waghewechsel, als Ilse den adelichen Offizierssohn zum linken Nachbar bekam, ihrer Rechte das Lob gesendet: „Du bist doch nicht so dumm, wie du aussehest.“ Jetzt freilich sah sie sich getäuscht und nahm voll Berachtung ihr Lob zurück. Frühlingsprediger Schinddehnt sagte etwas von verächtlicher Reizung in diesem Alter und bemerkte zu spät, daß dies auf die Tochter des Herrn von Borries abgedeutet werden könnte. Da aber rettete der Major, was zu retten war, indem er jenseitste, an einem solchen Tage, bei einer Feier aus Anlaß der Konfirmation, sei ja gewissermaßen ein Kind gleich dem andern.

Die Pfarrer stimmten mit ernter Kopfhaltung bei, und Ruth von Borries gab sich nun rückhaltlos ihrer Verehrung hin. Sie nannte den Sohn des Knechtes „Sie“ und „Gnädiger Herr“, schob alle Kuchenteller in seine Nähe und sah seiner Tätigkeit bewundernd zu.

Ob er noch mehr Kuchen wünsche?

Ja, nur zu!

Schließlich kriegte sie es aber doch mit der Angst und riskierte die Frage, ob er keine Verdauungsstörungen befürchte. Heinrich Brandau sah sie einen Augenblick an, dann begriff er und antwortete ihr, mit vollen Backen lachend...

Aber er antwortete in so unpassender Weise, daß ich seine Worte hier nicht wiedergeben kann.

(Schluß folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Tannhäuser). Die Ankündigung, daß eine Tannhäuser-Vorstellung vier Stunden dauern soll, wirkt lösend, denn sie verheißt, daß endlich jene Striche wieder aufgemacht sind, auf deren Bedenklichkeit ich seit langem hingewiesen habe: die Striche in den Finales des ersten und zweiten Aktes. Die Erfüllung dieser Forderung und der darin sich offenbarende Wille Lobes und Schöpfers zu erster Arbeit sei gerne anerkannt. Derselbe Wille zeigt sich in einer Reihe heiserer Aeußerungen, in denen ich freilich keinen Fortschritt sehen kann. Die Willkür, mit der man auf deutschen Bühnen Wagners Intentionen behandelt, wird immer ärger, und wenn sich auch in dieser Willkür, in diesem Suchen nach neuer Aufmachung vermutlich ein Nachlassen des reinen Wagneriums ausdrückt, was kein Schade wäre, so muß man doch um des künstlerischen Prinzips willen dagegen protestieren. Auch die alten Prosopete waren nach meinem Empfinden nicht so schlimm, daß man sie durch neue, also immerhin kostspielige, und dabei ganz willkürlich empfundene hätte ersetzen müssen. Feinklicher aber als diese Dinge bleibt die bei allem guten Willen, und gerade bei ihm, in Erscheinung tretende Anjünglichkeit der musikalischen Bewältigung. Das erste Streben Bonis ist doch dem Tannhäuser nicht entzogen gemacht, weder stimmlich noch darstellerisch. Ein Tannhäuser ohne leidenschaftliches Spiel ist ein Un Ding. Und abgesehen von dem Uebergehen der Fernaten, dem Verschwinden zahlreicher Figuren, stellt natürlich gerade das zweite Finale — von andern zu schweigen — an die Stimmkraft ganz andre Anforderungen, als Wohl sie erfüllen kann. Uebrigens ist der ganze letzte Ensembleakt dieses Finales noch keineswegs und läßt den dramatischen Reichtum der Partitur nur eben ahnen. Ja, wenn alle das könnten, was Pläne Martini kann! Wie im vorigen Winter, stand sie auch jetzt im Mittelpunkt: eine fertige Künstlerin, an der nichts auszusetzen ist, bei deren Elisabeth man, im Gegenteil, eine Fülle feinsten Jüges hervorheben könnte. Was ein Künstler, der eigentlich gar nicht über besonders blende Mittel verfügt, daß dem glücklichen Instinkt an sich machen kann, zeigt wieder Kafes Wolfram. Die Ansprache ist ein Meisterstück, und hier wirkte auch die Richtigkeit des Tempos mit, in dem es Szenenreife seinerseits sonst oft verlagert: er dirigiert mal wieder wie im Alford. Ein Gast auf Anstellung, als Biteroff, verpackte sich leider durch Gedächtnisfehler oder Befangenheit den Eindruck seiner angenehmen Stimmkraft. R. F.

Eine Uthmann-Gedächtnisfeier findet am Sonntag, vormittags 11 Uhr, in der Alberthalle statt. Unter Paul Michael wirken mit: Männergesangsverein Wölflinger, Singschule Städtischer Männerchor, Männerchor Leipzig-West und Sängerkorps Leipzig-Thonberg-Stötterich. Wilhelm Engel dirigiert, Jean Bender aus Solingen hält die Gedächtnisrede. Das Programm bringt vorwiegend Uthmannsche Chöre. Der Reinertrag fließt dem Volkshausfonds zu.

Städtische Theater. Die heutige Aufführung im Operetten-Theater „Nacht und Tag“ muß wegen andauernder Erkrankung von Ewald Schindler einstweilen abgesehen werden, dafür wird „Fräulein Bud“ mit Therese Miet in der Partie der Susi Brandt gespielt. In der morgigen Aufführung von „Fräulein Bud“ singt die Partie der Susi erstmalig Frieda Kettner.

Schauspielhaus. Wie schon bekanntgegeben, beginnen am 16. September die Aufführungen für die Theatergemeinde mit der Erstaufführung von Max Hofkes Mutter Erde unter Fritz Reichwegs Spielleitung. Der Dichter wird den letzten Proben und den ersten Aufführungen seines Werkes betwohnen. Die Hauptrollen geben Weberow (Paul), Stäkel (von Gyszinski) Steiner (von Lasowski), Lina Carstens (Hella), Grete Doerffels (Antoinette), Stella David (Tante Clärchen). — Der Vorverkauf beginnt Donnerstag, und zwar bis zum Sonnabend ausschließlich für die Mitglieder der Theatergemeinde für die Zeit vom 15.—26. September. Die Aufführungen von Mutter Erde werden in der ersten Woche durch Aufführungen von Musik und Bippa tanzt, Kater Lampe unterbrochen. — In Vorbereitung für Mittwoch, den 29. September, Der Sumpf von Leopold Schwarzschild. — Nur die Mitglieder der Theatergemeinde können Eintrittskarten entnehmen, die bereits die zum Anteilchen gehörige Jahreskarte entnommen haben. Nachmals wird darauf hingewiesen, daß der Grundpreis auf 7 Mk. festgesetzt ist und für Erstaufführungen und an Sonntagen ein Zuschlag von 1 Mk. erhoben wird. Der Spielplan bis 26. September wird heute ab auf dem Theaterzettel veröffentlicht. Der Vorverkauf für die Nichtmitglieder der Theatergemeinde beginnt am Montag.

Papa Kleiner Puppenspiele. Jeden Nachmittag 3 Uhr, außer Sonntags und Sonntags, Vorstellung für Kinder und Erwachsene. Sonntagsvorstellung abends 7 Uhr. Spielplan: Hansels Glück oder die Goldsee. Eintrittskarten sind zu haben bei Otto Friedlein, Johannisplatz 3, und im Ludwigs-Nächter-Haus (Durchgang Hainstraße-Katharinenstraße). Vorzugskarten, die den Eintrittspreis für Kinder auf 75 Pf. und für Erwachsene auf 1 Mk. ermäßigen, sind in allen Gewerkschaftsbureaus und bei den Parteikassierern zu haben.

Sozialistischer Rede- und Lesabend (Donnerstags im Saale Braustraße 17). In den nächsten Abenden werden die Theorien der kommunistischen Internationale eingehend besprochen.

Ueber die Bedeutung der Deutschen Büchererei in Leipzig erlassen die Vertreter des deutschen wissenschaftlichen Bibliothekswesens eine Erklärung, die in der Abrechnung des Jahres 1919, die Deutsche Büchererei mit der Leipziger Universitätsbibliothek zu verzeichnen. Insbesondere seien nennenswerte Ersparnisse auf diesem Wege nicht zu erzielen. Die Unterzeichner der Erklärung — Leiter der größten deutschen Bibliotheken — haben vielmehr eine Reihe von anderen Vorschlägen ausgearbeitet, die noch nicht bekanntgegeben wurden, deren Annahme aber zu einer sehr beträchtlichen Verringerung der Ausgaben führen soll.

Noch ein Preisauschreiben über Körpererziehung. Der Drei-Masten-Verlag G. m. b. H., München, Karolinenplatz 3, Abteilung für Musik- und Theaterwissenschaft, schreibt Preise für Arbeiten über Körpererziehung und rhytmische Gymnastik aus. Das Problem soll auf medizinisch-wissenschaftliche Grundlage gestellt werden, gleichzeitig aber von pädagogischen und künstlerischen Gesichtspunkten aus aufgearbeitet werden; zugleich sollen neue und eigene Gesichtspunkte unter Zusammenfassung der bisherigen positiven Errungenschaften gefunden werden. Der Umfang der Arbeit ist freiem Belieben überlassen. Kleinere Studien, Essays, Broschüren kommen ebenso in Betracht wie Lehrbücher oder umfassende Handbücher. Auf gutes originales Bildermaterial wird besonderes Gewicht gelegt. Es sind drei Preise ausgesetzt (3000 Mk., 2000 Mk., 1000 Mk.). Der Verlag verpflichtet sich, die preisgekrönten Werke zu veröffentlichen und zu honorieren. Der Verlag ist berechtigt, weitere, nicht preisgekrönte Werke zu erwerben. Die Preisrichter sind berechtigt, auf die Preisverteilung zu verzichten, wenn die eingereichten Arbeiten den Ansprüchen nicht genügen. Ebenso sind die Preisrichter berechtigt, die zur Preisverteilung zur Verfügung stehenden Mittel nach anderen Grundrissen zu verteilen, wenn sich dies aus der Art der eingereichten Arbeiten ergibt. Die Manuskripte müssen ohne Angabe des Namens des Verfassers mit einem Kennwort bezeichnet sein, das als Ausschreibungsnummer in geschlossenen Brief zu verwenden ist, der gleichzeitig eingereicht wird und Namen und Adresse des Verfassers enthalten soll. Als Termin für die Ablieferung ist der 1. Juli 1921 festgesetzt. Preisrichter sind die Herren Prof. Dr. Siegfried Mollier, Geheimrat Prof. Dr. Kraepelin, Bildhauer Prof. Hans Schwepker, Prof. Dr. W. v. Waltershausen, Chefredakteur Dr. Friedrich Wöhl, und A. Schremmer, Leiter des Drei-Masten-Verlages München.

Kunsthandlung P. S. Weyer u. Sohn, Leipzig, Dittichring 22, die Klinger-Ausstellung ist nur noch kurze Zeit vollständig zu sehen. Von früheren Werken ist neben der Marmorblüte „Menschen“ das einzige bekannte Selbstbild (Ölgemälde) ausgestellt, das graphische Kabinett zeigt die Probe- und Zustandbrude zum letzten großen Zyklus des Künstlers: Das Fest. Täglich geöffnet von 9-6 Uhr, geschlossen von 1-3 Uhr.

Zurzeitige Kunstschau Berlin 1920. Nach mehrjähriger, durch die allgemeinen Verhältnisse bedingter Pause wird vom 12. November bis 19. Dezember wieder eine „Große Zurzeitige Kunstschau Berlin“ veranstaltet, und zwar diesmal im Landes-Ausstellungs-Gebäude am Lehrter Bahnhof. Nach Vereinbarung mit der Großen Berliner Kunstausstellung sind die Termine für die J. R. B. 20 nunmehr wie folgt endgültig festgelegt: Anmeldung bis 20. September bei der Geschäftsstelle, Charlottenburg, Friedrichstraße 54, die auch alle Anfragen beantwortet. Einlieferung im Landes-Ausstellungs-Gebäude am Lehrter Bahnhof am 20., 27., 28. Oktober. Zum ersten Vorsitzenden ist Herman Sandtuhl gewählt, der schon vor dem Kriege die Ausstellungen der „Zurzeitigen“ leitete. Dem emmeren Arbeitsausschuss gehören ferner an: Bauroth, Nicolas, Reinhold, Rosenkranz, Guth, Tada, Michaelson; sowie als Geschäftsführer der Ausstellung der Kunsthändler Franz Dertel.

Seit 2 der Bücherhalle, der Nachrichten aus den Städtischen Bücherhallen, bringt einen Aufsatz Morgensterns über Tiergeschichten. Erse Meyer schreibt zur Kischeliteratur, Zahlreiche neu eingekaufte Bücher erscheinenden und wissenschaftlichen Charakters werden ausführlich gewürdigt. Der Schluß bildet eine Zeitschriftenschau. Gleichzeitig wird das Inhaltsverzeichnis des ersten Jahrganges (1919) ausgegeben.

Städtisches Kunstgewerbe-Museum. Der Oesterreichische Werkbund, der zur Weltausstellung im Grassimuseum, 1. Stock, veranstaltet hatte, wird diese Ausstellung bis auf weiteres verlängern. Sie erfährt insofern eine Bereicherung, als eine Auslese der im Oesterreichischen Hause getrennt ausgestellten Gegenstände mit denen im Grassimuseum vorhandenen vereinigt werden ist. — Gleichzeitig wird auf die Ausstellung deutschen Kunsthandwerke hingewiesen, die ebenfalls über die Weltausstellung verlängert wird, um einem größeren Kreise sichtbar zu werden. — Im Oktober wird eine Ausstellung japanischer Kunsthandwerklicher Arbeiten aus Privatbesitz mit den lange Zeit deponierten Beständen des Museums gezeigt werden und vom 10.—31. Oktober im Textilsaal eine Ausstellung: Kunst und Literatur in Elia-Lothringen stattfinden. — Da die Ausstellung nur noch kurze Zeit stehenbleiben kann, ist das Museum nachmittags bis 5 Uhr geöffnet, so daß die Ausstellung von 9 bis 5 Uhr geöffnet ist.

Eingelaufene Schriften.

Ernst Drahn, Marx-Bibliographie. Ein Lebensbild Karl Marx' in biographisch-bibliographischen Daten. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Charlottenburg. 3 Bde. Das Anaclaus (Dactylis glomerata L.). Heft 305 der „Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“. Verlag von P. Parey, Berlin SW. Preis 14 Mk.

Die vorliegende Arbeit, die die Monographie eines unserer besten Futtergräser, des Knaulgrases, bildet, erscheint berufen, auf dem überaus wichtigen Gebiete der Futterpflanzen-Züchtung helfend einzugreifen. Sie gewährt dem Leser Einblick in die morphologischen und biologischen Verhältnisse dieser Art, und gibt über Samenbau, Futterbau und Züchtung Auskunft. Da die geschichtlichen Einzelheiten nicht das Anaclaus allein betreffen, sind sie auch für den Anbau und die Züchtung der Futterpflanzen im allgemeinen von Bedeutung.

Marie Diers, Die Aenderlöcher. Roman. Verlag von Max Senfert, Dresden-N. 6. Preis 8 Mk., geb. 15 Mk.

Rohr, Was bedeutet Spa? Die Wirkung des Kohlenabkommens auf die deutsche Wirtschaft, die deutsche Finanz, die Industrie und jeden einzelnen Staatsbürger. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35. Preis 1.50 Mk.

H. Fr. Bland, Die Frau im Tal. Von Träumern ein altes Wälderpiel. Verlag von Konrad Hanf, Hamburg 8. Preis 14 Mk.

Sesses Volksbücher. Werte von Theodor Storm. Nr. 1295: Immensee. Im Sonnenschein. 1296: Pole Poppenspäler. Nr. 1297: Aulus Iubmerus. Nr. 1298: Renate. Nr. 1299: Carsten Curator. Nr. 1300: Die Söhne des Senators. Nr. 1301: Hans und Heim Kirch. Nr. 1303-4: Der Schimmelreiter. Nr. 1347: Sohn Kiew. — Verlag Fesse u. Weller, Leipzig. Das Buch der blutigen Kreuzkate. Beiträge zur Martyrologie der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens während der polnischen Invasion 1918/19. 1. Teil. Veröffentlicht von der Regierung der westukrainischen Volksrepublik.

Die Genossen Ostfachsens über Moskaus Bedingungen.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Sonntag, den 5. September, fand hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

Genosse Ostfachsens hat hier eine Bezirkskonferenz der USP, Ostfachsens statt, deren Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit war. Nach einem Bericht der Genossen Thümmel über die Tätigkeit des Landesvorstandes und im Zusammenhang damit über politische und innerparteiliche Verhältnisse erstattete Genosse Klejner Bericht über die Reichskonferenz der USP in Berlin.

lichen Fassung kennen zu lernen. Wäre darin der Einfluß der russischen Partei überwiegend, so würde das bedeuten, daß die west- und mitteleuropäischen Parteien in ihrer Aktion voll und ganz den russischen Auffassungen unterworfen seien.

Nach Absatz 10 werden die „Sektionen“ der kommunistischen Internationalen verpflichtet: „Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Arbeiterdemokratie nachdrücklich zu propagieren.“

Die Durchführung dieses Punktes würde mehr als eine Reorganisation der Partei bedeuten. Die Erfüllung dieser Bedingung wird daher den kommenden Parteitag vor die folgenschwerste Entscheidung stellen, aber freilich nur dann, wenn der letzte Absatz der Bedingungen, der bestimmt:

„Diejenigen Parteimitglieder, die von der kommunistischen Internationalen aufgestellten Bedingungen und Leitlinien grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.“

Die Schließliche Arbeiterzeitung bemerkt nach dem Abdruck der Moskauer Bedingungen: Genosse Ernst Däumig tritt in einem Leitartikel, den er in der Donnerstag-Abend-Ausgabe der Freiheit veröffentlicht, für die Anerkennung der vom Kongreß beschlossenen Leitlinie durch unsere Partei ein.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es beginnt eine traurige Zeit für uns revolutionäre Arbeiter, für uns unabhängige Sozialdemokraten. Es hat den Anschein, daß unsere Partei und stetig im Wachsen begriffene Partei demselben Schicksal entgegengeht wie die Deutsche kommunistische Partei.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es beginnt eine traurige Zeit für uns revolutionäre Arbeiter, für uns unabhängige Sozialdemokraten. Es hat den Anschein, daß unsere Partei und stetig im Wachsen begriffene Partei demselben Schicksal entgegengeht wie die Deutsche kommunistische Partei.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es beginnt eine traurige Zeit für uns revolutionäre Arbeiter, für uns unabhängige Sozialdemokraten. Es hat den Anschein, daß unsere Partei und stetig im Wachsen begriffene Partei demselben Schicksal entgegengeht wie die Deutsche kommunistische Partei.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es beginnt eine traurige Zeit für uns revolutionäre Arbeiter, für uns unabhängige Sozialdemokraten. Es hat den Anschein, daß unsere Partei und stetig im Wachsen begriffene Partei demselben Schicksal entgegengeht wie die Deutsche kommunistische Partei.

Genossen, die sich sonst im Kampfe des Proletariats bewährt haben, von Posten entfernt werden, wo sie vielfach in dem erwähnten Sinne Schäden anrichten könnten, zumal da sie der § 20 ausdrücklich ermächtigt, bei den im § 7 genannten Vertretern der Zentrumsrichtungen Ausnahmen zu machen.

Bezüglich der Ausübung der Diktatur nach Ergreifung der politischen Macht in den einzelnen Ländern werden die nationalen Parteien anstreben müssen, daß ihnen nach bestimmten Richtlinien der ausschlaggebende Einfluß eingeräumt wird, denn es kann schließlich doch nicht angehen, daß beispielsweise in der Zeit der Diktatur in Deutschland noch denselben Methoden verfahren wird, die in Rußland angewandt wurden.

So darf man im allgemeinen der guten Hoffnung sein, daß der Weg zur Einigung mit den der 3. Internationale angeschlossenen Parteien durch die Umschließungsbedingungen nicht so hoffnungslos verläuft ist, als es manchem Genossen im ersten Augenblick erschien.

Die Bergische Arbeiterstimme, Solingen, drückt die 21 Bedingungen ab und bemerkt dazu: Diese These trägt eigentlich das ganze. Warum denn einen Kongreß? Man kann die Ruhe und Kosten sparen und den Kommunisten einführen. Wer schwört, mit dem Moskauer Diktat einverstanden zu sein, darf bleiben, alles andere Gesoff hat zu gehen.

Der Kampf, München, bringt einen A. W. gezeichneten Artikel, der zunächst darauf hinweist, daß nach den Bedingungen von Moskau die USP, als eine selbständige deutsche Partei zu bestehen aufhöre, gliedert dann einige den Geist des Diktats widersprechende Ausführungen Lenins und fährt fort: „... Danach beurteilt man nun die Bedingungen der dritten Internationale...“

Wir haben vor allen Illusionen gewarnt. Wir haben gesagt, daß die Frage der Internationalen nur durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und Westeuropa entschieden werden könne. Die neue proletarische Internationale kann nur geschaffen werden durch die Revolutionierung der Massen in Deutschland und in Westeuropa.

Wir haben vor allen Illusionen gewarnt. Wir haben gesagt, daß die Frage der Internationalen nur durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und Westeuropa entschieden werden könne. Die neue proletarische Internationale kann nur geschaffen werden durch die Revolutionierung der Massen in Deutschland und in Westeuropa.

Wir haben vor allen Illusionen gewarnt. Wir haben gesagt, daß die Frage der Internationalen nur durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und Westeuropa entschieden werden könne. Die neue proletarische Internationale kann nur geschaffen werden durch die Revolutionierung der Massen in Deutschland und in Westeuropa.

Wir haben vor allen Illusionen gewarnt. Wir haben gesagt, daß die Frage der Internationalen nur durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und Westeuropa entschieden werden könne. Die neue proletarische Internationale kann nur geschaffen werden durch die Revolutionierung der Massen in Deutschland und in Westeuropa.

Wir haben vor allen Illusionen gewarnt. Wir haben gesagt, daß die Frage der Internationalen nur durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und Westeuropa entschieden werden könne. Die neue proletarische Internationale kann nur geschaffen werden durch die Revolutionierung der Massen in Deutschland und in Westeuropa.

Zur 3. Internationale.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es beginnt eine traurige Zeit für uns revolutionäre Arbeiter, für uns unabhängige Sozialdemokraten. Es hat den Anschein, daß unsere Partei und stetig im Wachsen begriffene Partei demselben Schicksal entgegengeht wie die Deutsche kommunistische Partei.

Die Parteipresse zu den Moskauer Bedingungen.

Mansfelder Volkszeitung: Freilich, soviel steht schon heute fest, daß die Annahme der „Bedingungen“ und damit der Beitritt zur 3. Internationale eine völlige Regeneration der USP erforderlich macht.

Deutschlands Kohlenproduktion.

Nach einer Mitteilung des Statistischen Reichsamtes im Reichsanzeiger betrug die deutsche Kohlenproduktion:

Table with 5 columns: Year, Tonnes, and sub-headers for 1920, 1919, and Jan bis Juli 1920. Rows for Steinkohlen and Braunkohlen.

Während in den Jahren für 1919 nur Elsass-Lothringens Kohlenförderung nicht mehr enthalten ist, verstehen sich die Angaben für 1920 ohne die Produktion Elsass-Lothringens, des Saargebietes und der Pfalz.

Die Kohlenbasis des deutschen Wirtschaftslebens wird auf alle Fälle für unabsehbare Zeit sehr schmal sein. Um so notwendiger ist es, dafür zu sorgen, daß endlich der Bergbau in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werde, damit dem Kohlenwucher ein für allemal ein Ende bereitet wird.

